

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 12. Dezember 1963

Blatt 2886

Neue Sportanlagen jenseits der Donau

=====

12. Dezember (RK) Kürzlich wurde mit der Errichtung einer neuen Sportanlage in der Schwarzlackenuau im 21. Bezirk begonnen. Das Garderobehaus wird noch heuer im Rohbau fertiggestellt werden. Der Kulturausschuß hat nun beschlossen, die erste Baurate für die Errichtung dieser Sportanlage von 216.000 auf 530.000 Schilling zu erhöhen.

Ferner hat der Kulturausschuß für die Freimachung der städtischen Grundflächen im 21. Bezirk, Fultonstraße - Nordbahnstraße, einen Entschädigungsbetrag für die Kleingärtner, die dort abgesiedelt werden, in Höhe von rund 206.000 Schilling genehmigt. Bekanntlich soll auf diesen Grundstücken im nächsten Jahr mit der Errichtung einer Ersatzsportanlage für das nunmehr anderweitig verwendete Gelände des ehemaligen Sportplatzes auf dem Ringelseeplatz (21. Bezirk) begonnen werden.

- - -

"Raffineriestraße" in der Donaustadt

=====

12. Dezember (RK) Eine Verkehrsfläche in der Nähe des Öltanklagers Lobau im 22. Bezirk erhält, einem Beschluß des Kulturausschusses zufolge, die Bezeichnung "Raffineriestraße". Im öffentlichen Sprachgebrauch wurde sie schon bisher "Straße der Raffinerie" genannt, da sie in Fortsetzung der Straße "Am Kaisermühlendamm" von der Stadlauer Ostbahnbrücke zur Finsterbuschgasse in die Nähe der Raffinerieanlage führt.

- - -

Gesperrt bis 17 Uhr:

Bürgermeister Jonas überreichte Silberne Ehrenmedaille
=====

12. Dezember (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses überreichte heute nachmittag Bürgermeister Jonas Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber an Robert Minkowitsch, Ministerialrat i.R. Dr. Josef Polnauer und Professor Max Schönherr. An der von Darbietungen des Wiener Streichtrios umrahmten Feierstunde nahmen die Mitglieder des Wiener Stadtsenates und zahlreiche andere Ehrengäste teil.

Vizebürgermeister Mandl sagte in seiner Würdigungsrede: "Am 29. November 1963 hat der Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen, dem Berater kultureller Verbände Robert Minkowitsch für seine außerordentlichen Verdienste anlässlich der Vollendung des 60. Lebensjahres, dem Ministerialrat i.R. Dr. Josef Polnauer in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Musik anlässlich der Vollendung des 75. Lebensjahres und dem Dirigenten Professor Max Schönherr in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um das Wiener Musikleben anlässlich der Vollendung des 60. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber zu verleihen.

Robert Minkowitsch ist der im Stillen wirkende gute Geist der Wiener Volksbildung und des Notrings der wissenschaftlichen Verbände Österreichs. Er wurde am 8. Oktober 1903 in Wien geboren, absolvierte die Realschule und erhielt in der neugegründeten Wiener Messe AG. eine Anstellung. 1938 wurde er entlassen und fand eine neue Beschäftigung in einem Wiener Modenverlag, dessen kommerziellen Betrieb er bis 1945 leitete. Schon während des Krieges hatte er mit einem Steuerberater nebenberuflich zusammengearbeitet, dessen Kanzlei er 1950 übernahm. Nach Ablegung der vorgesehenen Prüfungen wurde er in die Kammer der Wirtschaftstreuhänder aufgenommen.

Minkowitsch hat sich schon frühzeitig der Wiener Volksbildung mit seinen Kenntnissen in Buchhaltung, Bilanz und Steuerangelegenheiten ehrenamtlich zur Verfügung gestellt.

Wieviel dies gerade in einer Zeit finanzieller Krisen und ungenügender materieller Sicherungen bedeutet, zeigte sich 1945, als sich Minkowitsch neben seiner Tätigkeit als Buchprüfer der wirtschaftlichen Reorganisation und Stabilisierung der Wiener Volksbildung widmete. Mit seiner Hilfe wurde ein gut funktionierendes Verrechnungssystem und eine geordnete Kassenführung aufgebaut, die eine fortschreitende Konsolidierung in die Wege leitete. Im Verband der Wiener Volksbildung übt er die Funktion eines Finanzreferenten aus. Weiters fungiert er als kaufmännischer Berater des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen und der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Kunst. Seit 1950 leistet er dem Notring, dessen Leitung ihm ebenfalls zu großem Dank verpflichtet ist, die gleichen Dienste und ist dort nunmehr schon seit dreizehn Jahren uneigennützig in allen Fragen der Buchhaltung und der Bilanz tätig. Seit zwei Jahren ist er auch Rechnungsprüfer beim Wiener Tierschutzverein. Minkowitsch tut dies alles aus Idealismus und lehnt jede Entschädigung ab. Ein Fachmann von solcher Arbeitskraft wird heute hochbezahlt. Ihm ist es zu danken, daß die Rechnungsgeschäfte der genannten Verbände in klagloser Weise abgewickelt und die ihnen aus Steuergeldern zugeführten Mittel sparsam und widmungsgemäß verwendet werden. Er trägt auf diese Weise indirekt, aber umso erfolgreicher zur Förderung von Wissenschaft und Volksbildung bei.

Ministerialrat Dr. Josef Polnauer hat sich von Jugend an der Musik verschrieben, in der er den tieferen Sinn seines Lebens suchte und fand, der sein gesamtes außerdienstliches Wirken gehörte. Hauptberuflich war er Beamter des österreichischen Verkehrsministeriums, wo er den hohen Rang eines Ministerialrates erreichte. Er wurde am 4. Juni 1888 in Wien geboren und besuchte schon vor der Absolvierung seiner Hochschulstudien die Musikakademie. An der Universität inskribierte er die musikwissenschaftlichen Vorlesungen Guido Adlers, der ihm von 1912 bis 1917 die Bibliothekarsfunktion des musikhistorischen Instituts übertrug.

Die Verbindung mit Arnold Schönberg wurde für seine eigene musikalische Einstellung richtungsgebend. Von 1917 bis 1923 wirkte Polnauer als Assistent an dessen Seminar für Komposition und setzte

sich auch in der Folgezeit auf das nachdrücklichste für dessen Lehre ein. Als persönlicher Bekannter Alban Bergs und Anton Weberns wurde er einer der besten Kenner der neuen "Wiener Schule", deren ganze Entwicklung und deren Kämpfe zur Durchsetzung er in vorderster Front mitgemacht hat. Er ist jedoch dadurch nicht einseitig geworden, sondern schätzt auch die traditionsgebundene Musik, vor allem die Wiener Meister der Vergangenheit, und hat immer wieder auf ihre Bedeutung hingewiesen.

Seine langjährige Dozententätigkeit an Wiener Volkshochschulen und an dem von ihm geleiteten Konservatorium des Vereins für volkstümliche Musikpflege sowie sein Wirken als Privatlehrer gaben ihm reiche Gelegenheit dazu. Auch verschiedenen musikalischen Vereinigungen Wiens hat Polnauer seine Kraft zur Verfügung gestellt, zum Beispiel der Sektion Österreich der Internationalen Gesellschaft für neue Musik, deren Vizepräsident er war, und dem Österreichischen Arbeiter-Sängerbund, dessen Vorstandsmitglied er heute noch ist. Für die Wiener Festwochen hat er sich in den ersten Jahren ihrer Wiederbelebung nach dem Kriege als Vorsitzender des Arbeitsausschusses für Musik bereitwillig zur Verfügung gestellt. Ich möchte ihm auch dafür danken, daß er im Kulturamt so oft als Juror für die Preise der Stadt Wien mitgewirkt und durch seine Kenntnisse zur Ermittlung geeigneter Kandidaten beigetragen hat.

Professor Max Schönherr gehört zu jenen in gleicher Weise ausübenden und schaffenden Künstlern, die in der Atmosphäre Wiens so gut gedeihen. Er wurde am 23. November 1903 als Sohn eines Militärkap in Marburg a. d. Drau geboren, wo er das Gymnasium besuchte und auch Musikunterricht erhielt. Das Universitätsstudium gab er zugunsten des Musikerberufes auf und absolvierte in Graz das Landeskonservatorium. 1924 wurde er zunächst Korrepetitor und Spielleiter des Grazer Stadttheaters. 1928 ging er als zweiter Kapellmeister ans Stadttheater nach Meran. Dann wandte er sich nach Wien und fand 1931 als Dirigent des Rundfunkorchesters die für seine fernere Tätigkeit entscheidende Stellung. In diesem Wirkungskreis baute Schönherr besonders die Sparte der gehobenen Unterhaltungsmusik aus und erwarb sich damit eine weit über Österreich hinausreichende Popularität. Seine

große Beliebtheit trug ihm nicht nur Gastspiele bei verschiedenen ausländischen Rundfunkstationen, sondern auch zahlreiche Schallplattenverträge ein.

Schönherr ist aber nicht nur ein Spezialist gediegener Unterhaltungsmusik, sondern auch ein ausgezeichnete Dirigent ernster Musik und hat in sein Programm immer wieder symphonische Werke aufgenommen, darunter auch solche zeitgenössischer Komponisten, denen er zu Erstaufführungen verhalf und damit zum Durchbruch. Besonders gern setzt er sich für die gute Wiener Musik ein und ist dabei ein vorzüglicher, nötigenfalls sogar mit wissenschaftlicher Gründlichkeit arbeitender Strauß-Kenner geworden. Dafür zeugen ebenso seine zahlreichen Neuauflagen verschiedener Werke von Johann Strauß Vater und Sohn, wie sein gemeinsam mit Karl Reinöhl verfaßtes Buch "Das Jahrhundert des Walzers", in dem er selbst den musikalischen Teil behandelt. Auch als Komponist ist Max Schönherr, dem 1954 der Joseph Marx-Freis verliehen wurde, hervorgetreten. Seine Tonschöpfungen gehören der ernsten Musik - von ihm stammen eine Kammer-symphonie, ein Streichseptett, ein Bläsersextett, drei Streichquartette, Klaviersonaten, Lieder und andere - wie auch dem leichteren Genre an. Besonderen Erfolg hatte das von ihm zusammengestellte Ballett "Hotel Sacher" in der Wiener Staatsoper.

Die jüngsten Träger der Ehrenmedaille treten in einen Kreis, dem bereits viele Prominente des Wiener Kulturlebens angehören und der durch sie in bedeutsamer Weise erweitert wird. Sie haben sich die Ehrung, die ihnen heute zuteil wird, durch besondere Leistungen verdient. Als Stadtrat der Geschäftsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung gratuliere ich Ihnen, meine Herren, herzlich zu Ihrer Auszeichnung und schließe auch meinen persönlichen Glückwunsch an. Gleichzeitig darf ich den Bürgermeister bitten, die Verleihung vorzunehmen."

(Die Rede von Bürgermeister Jonas bringen wir an anderer Stelle.)

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 16. bis 22. Dezember
 =====

12. Dezember (RK)

Montag, 16. Dezember:

- 11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend:
 5. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen;
 Wiener Symphoniker, Peter Efler (Klavier), Dirigent
 Hans Swarowsky (Mozart: Ouverture zur Oper "Die Zauber-
 flöte"; Mendelssohn: Scherzo und Hochzeitsmarsch aus
 "Ein Sommernachtstraum"; Tschaikowsky: Marsch, Trepak
 und Walzer aus der "Nußknacker-Suite"; Beethoven:
 3. Satz aus dem Klavierkonzert C-dur op. 15; Kodály:
 "Tänze aus Galanta"; J. Strauß: Walzer "Wiener Blut")
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs:
 3. Konzert im Zyklus X A (Voraufführung des 3. Kon-
 zertes im Kammermusik-Zyklus der GdM); Convivium
 Musicum Vindobonense, Dirigent Gerhard Kramer (Anonym,
 Schütz)
- 19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Musikalische Jugend Österreichs:
 4. Konzert im Zyklus XV; Ensemble "Die Wiener Solisten",
 Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wilfried Böttcher
 (Corelli: Concerto grosso op. 6/1 und Weihnachtskon-
 zert; Mozart: Adagio und Fuge KV 546 und Klavierkon-
 zert Es-dur KV 449; Torelli: Weihnachtskonzert)

Dienstag, 17. Dezember:

- 11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 6. Orche-
 sterkonzert für Schüler der vierten Klassen; Wiener
 Symphoniker, Peter Efler (Klavier), Dirigent Hans
 Swarowsky (Mozart, Mendelssohn, Tschaikowsky, Beet-
 hoven, Kodály, J. Strauß)
- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.:
 Kammermusikabend der Klasse Wilfried Böttcher, Das
 Wiener Streichquartett (Mozart, Schubert, Weigl)
- 19.00 Uhr, Konservatorium, Vortragssaal: Konservatorium der Stadt
 Wien: Celloabend Richard Matuschka (J.S. Bach: Suiten
 und Sonaten für Violoncello, 1. Abend)
- 19.30 Uhr, Altes Rathaus, Festsaal: Wiener Kulturgesellschaft:
 Musikwissenschaftlicher Vortrag Jörg Demus
- 19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Kon-
 zert im Zyklus VII; Niederösterreichisches Tonkünstler-
 orchester, Wiener Jeunesse-Chor, Maria Harvey (Sopran),
 Hilde Rössel-Majdan (Alt), Anton Dermota (Tenor), Hans
 Christian (Baß), Dirigent Günther Theuring (J.S. Bach:
 Weihnachtsoratorium)
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Kon-
 zert im Kammermusik-Zyklus; Ensemble "Convivium Musicum
 Vindobonense", Dirigent Gerhard Kramer (Anonym: Messe von
 Tournai; Schütz: Weihnachtshistorie)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft:
4. Konzert im Zyklus IV; Das Weller-Quartett (Dittersdorf: Streichquartett Es-dur Nr. 5; Dvořák: Streichquartett F-dur op. 96) Debussy: Streichquartett g-moll op. 10)

Mittwoch, 18. Dezember:

- 18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.:
Klavierabend der Klasse Hans Graf (Bach, Brahms, Schumann, Chopin)
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs:
3. Konzert im Zyklus X B (Wiederholung des 3. Konzertes im Kammermusik-Zyklus der GdM); Ensemble "Convivium Musicum Vindobonense", Dirigent Gerhard Kramer (Anonym, Schütz)
- 19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft:
3. Konzert im Zyklus III; Tschechisches Kammerorchester Prag (Purcell: "King Arthur"; Mozart: Adagio und Fuge c-moll KV 546; J.S. Bach: 3. Brandenburgisches Konzert; Dvořák: Serenade E-dur)

Donnerstag, 19. Dezember:

- 11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturrat - Theater der Jugend: 2. Aufführung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)
- 18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.:
Violoncelloabend der Klasse Frieda Litschauer-Krause (Bach, Beethoven, R. Strauss)
- 19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus III A (Voraufführung des 2. Konzertes im Richard Strauss-Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl, Schumann, R. Strauss)
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Irmgard Seefried, mitwirkend Wolfgang Schneiderhan (Violine), am Flügel Dr. Erik Werba (Hindemith, Cornelius, Martin, Wolf), nachgeholt vom 3. Oktober 1963
- 19.30 Uhr, Albertina: Kammermusikabend "Triosonaten des österreichischen und deutschen Barocks"; Das Wiener Streichtrio, mitwirkend Eduard Mrazek, Klavier (Biber, Teleman, Händel, Fux, Wagenseil, J.S. Bach)

Freitag, 20. Dezember:

- 19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund:
Voraufführung des 2. Konzertes im Richard Strauss-Zyklus der GdM; Wiener Symphoniker, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl, Schumann, R. Strauss)
- 19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Bachgemeinde Wien: 4. Abonnementkonzert; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S. Bach: Weihnachtskantaten)

19.30 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 5. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Mimi Coertse (Sopran), Gertrud Burgstaller (Alt), Julius Patzak (Tenor), Otto Wiener (Baß), Helmut Janatsch (Sprecher), Dirigent Kurt Wöss (Haydn: Symphonie G-dur; W. Vogel: 6 Fragmente aus dem ersten Teil des Oratoriums "Thyl Claes"; Honegger: Kantate "Der Totentanz")

Samstag, 21. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus III B (Voraufführung des 2. Konzertes im Richard Strauss Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl, Schumann, R. Strauss)

Sonntag, 22. Dezember:

11.00 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 4. Konzert im Zyklus I; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Chor von Radio Wien, Marie Terese Escribano (Sopran), Kurt Equiluz (Tenor), Leo Heppe (Baß), Rudolf Kreuzberger (Tenor), Dirigent Dr. Hans Gillesberger (Heinrich Schütz: "Magnificat" und "Historia der Geburt Jesu Christi")

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Richard Strauss-Zyklus; Wiener Symphoniker, Jörg Demus, Klavier, Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl: Vier Capricen; Schumann: Klavierkonzert a-moll; R. Strauss: Don Quixote)

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Bauwesen

=====

12. Dezember (RK) Am sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VI (Bauangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Während im Jahr 1963 eine große Zahl bedeutender städtischer Bauvorhaben neu in Angriff genommen wurde, wird die Tätigkeit des Stadtbauamtes im Jahr 1964 im wesentlichen auf die Fertigstellung begonnener Großbauvorhaben, auf den Abschluß des fünfjährigen Arbeitsprogrammes aus dem Jahre 1959, gerichtet sein. Ich kann dem Gemeinderat schon heute berichten, daß dieses Arbeitsprogramm, sofern es die baulichen Investitions- und Erhaltungsarbeiten betrifft, bereits erfüllt, in manchen Sparten sogar übererfüllt ist. Einige wenige noch nicht in Angriff genommene Arbeiten werden im Jahre 1964 durchgeführt werden, sodaß bis zum Ende dieser Funktionsperiode des Gemeinderates dieses Arbeitsprogramm mit ganz geringfügigen Einschränkungen als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Obwohl die Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung des Bauprogrammes entgegenstellen, von Jahr zu Jahr zunehmen und im Jahre 1963 ein bisher noch nie erreichtes Ausmaß annahmen, wurden auch in diesem Jahr die gesteckten Ziele im großen und ganzen erreicht. Gewiß konnten da und dort gewünschte Baufertigstellungstermine nicht eingehalten werden. In diesen Fällen fehlte es auch nie an heftigster Kritik. Diese Kritik wird allerdings meist geübt, ohne daß man einerseits auf die Ursachen der Verzögerungen eingeht und vor allem ohne daß man die viel größere Zahl von Bauvorhaben erwähnt, bei denen es trotz allen Schwierigkeiten gelingt, die vorgeschriebenen Bautermine einzuhalten, in manchen Fällen sogar zu unterschreiten.

Vergessen Sie, bitte, bei der Beurteilung unserer jährlichen baulichen Leistungen nicht, daß wir ein Bauprogramm mit einem finanziellen Aufwand von rund zweieinhalb Milliarden Schilling in einer effektiven Bauzeit von nur ungefähr zehn Monaten durchzuführen haben. Vergessen Sie nicht, daß dieses Programm über das ganze Stadtgebiet verteilt und in tausende einzelne Bau-

stellen sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau aufgelöst ist, und daß es daher besonderer Anstrengungen aller Beteiligten bedarf, um es überhaupt zu bewältigen.

Witterung, Arbeitskräfte, Preise

Der besonders strenge und lang anhaltende Winter 1962/63 hat uns in mancher Hinsicht einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es wurden nicht nur die Arbeiten der Baufirmen sehr stark behindert, sondern als Folge davon auch die Terminpläne für sämtliche Professionistenarbeiten vollkommen durcheinander gebracht. Diese Professionistenarbeiten drängten sich in der Folge auf einen wesentlich kürzeren Zeitraum zusammen als vorgesehen war. Welche Folgen dies bei der heutigen Hochkonjunktur im Bau- und Baunebengewerbe hatte, können Sie sich leicht vorstellen. Allein im Straßenbau mußte zur Behebung der Frostschäden ein zusätzlicher nicht vorgesehener und daher auch nicht geplanter Arbeitsaufwand mit finanziellen Mitteln in der Höhe von ungefähr 52 Millionen Schilling geleistet werden. Trotzdem ist es dem Stadtbauamt gelungen, durch Maßnahmen organisatorischer und technischer Art die Verzögerungen, die sich durch Witterungsverhältnisse und durch die Überbeschäftigung ergaben, zum Teil auszugleichen. Diese Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden. Vielleicht darf ich beispielsweise auf die Errichtung des Donauparks verweisen, wo wegen des bereits auf internationaler Ebene festgelegten Termins der Wiener Internationalen Gartenschau 1964 eine Bauzeitverlängerung untragbar wäre. Auch dort ist es den beteiligten Bauamtsabteilungen und den Arbeitern und Angestellten gelungen, die im vergangenen Winter eingetretenen Verzögerungen voll einzuholen.

Leider sind die Voraussetzungen für eine Steigerung der Baukapazität auf personellem Sektor nicht sehr aussichtsreich. Um lediglich die Abgänge im Baugewerbe aufzufüllen, wären etwa 900 Maurerlehrlinge erforderlich. Derzeit gibt es aber in Wien in allen drei Fortbildungsschulklassen nur 580 Maurerlehrlinge. Die Ursachen sind bekannt und es müßte alles unternommen werden, um sie zu beseitigen. So kamen früher 70 Prozent der Maurer aus dem Burgenland, heute sind es nur 42 bis 46 Prozent.

Der Rückgang ist ohne Zweifel auf die an sich begrüßenswerte Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Burgenland zurückzuführen. Dabei herrscht die gleiche Situation auch bei allen anderen Bauberufen. So gibt es in allen drei Fortbildungsschulklassen nur 38 Steinmetz-, 13 Kunststein- und 20 Stukkaturerlehrlinge.

Leider sind auch die Baupreise erneut gestiegen. Durch Lohnerhöhungen, die im Frühjahr 1963 beim Bauhauptgewerbe sowie bei den einzelnen Bauneben- und Bauhilfsgewerben eingetreten sind, ferner durch die Erhöhung des Pensionsversicherungsbeitrages, durch eine Erhöhung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes und durch die Erhöhung der Preise einzelner Baustoffe ist der Baukostenindex für Baumeisterarbeiten vom November 1962 bis Oktober 1963 um 7.5 Prozent gestiegen. Dazu kamen im Herbst weitere Lohnerhöhungen bei anderen Baunebengewerben, die in der Folge ebenfalls eine Veränderung des Baukostenindex nach sich ziehen werden. Die tatsächliche Erhöhung der Baukosten gegenüber 1962 ist aber wesentlich größer.

Als Grundlage für die Baumeisterangebote werden amtliche Preise verwendet, die auf der Preisbasis aus dem Jahre 1954 beruhen. Die Angebote in den Monaten Juli und August des Jahres 1962 haben auf die amtlich festgelegten Preise im Durchschnitt einen Aufschlag von 196 Prozent ergeben. Bei den Angeboten in den Monaten Juli und August 1963 wurde bereits ein Durchschnittsaufschlag von 234 Prozent verlangt, das ist eine Erhöhung um rund 19 Prozent!

Bei der Beurteilung der Baupreisentwicklung und der Feststellung der tatsächlichen Ursachen handelt es sich um ein sehr komplexes Problem und wir versuchen, bei unseren Verhandlungen und Abschlüssen immer wieder auch die berechtigten Anliegen der Bauwirtschaft zu berücksichtigen, weil wir bei unserer Arbeit den Wunsch nach einer echten Partnerschaft am gemeinsamen Werk voranstellen.

Allerdings scheinen einige noch immer zu meinen, die sogenannte freie Wirtschaft könne ohne Preisabsprachen nicht existieren. Ich erwähne dieses Thema nur deshalb, weil ich dem Gemeinderat über eine bisher noch nie vorgekommene Kuriosität berichten möchte.

Bei einer Anbotsabgabe, die in einer Bauamtsabteilung vor einigen Monaten stattfand, gab eine Firma, sicher unabsichtlich, als Beilage zu ihrem Anbot eine Aufstellung über die Einheitspreise von fünf weiteren mitbietenden Firmen ab. Wir haben diesen Vorfall selbstverständlich den zuständigen Stellen zur Kenntnis gebracht. Ich bin allerdings der Überzeugung, daß das nicht der einzige Fall war, bei dem es zu Preisabsprachen gekommen ist.

Fertigteile, neue Baustoffe, Winterarbeit

Um den Schwierigkeiten, die sich durch die Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt und durch die steigenden Preise ergeben, Herr zu werden, untersucht das Stadtbauamt alle Möglichkeiten, die Verbesserungen erwarten lassen. Alle neu auftauchenden Baustoffe werden genauestens überprüft, alle Rationalisierungsmöglichkeiten sofort aufgegriffen. Auch bei der traditionellen Bauweise wird teilweise schon auf Fertigteile übergegangen. Dies soll noch weiter intensiviert werden. Wir beabsichtigen in Zukunft, einen Teil der Kindergärten und Schulen in Fertigteilbauweise zu errichten, weil wir uns durch eine serienmäßige Erzeugung einerseits Preisverbilligungen erhoffen und weil wir andererseits mit Fertigteilen in der Lage sind, Schulklassen und Kindergartengruppen vorübergehend aufzustellen und dann wieder abzutragen und an eine andere Stelle zu transferieren, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Wie beim Wohnungsbau darf ich auch hier die Versicherung abgeben, daß keinesfalls eine Uniformierung der Schulen und Kindergärten auftreten wird.

Bei der Überprüfung neuer Baustoffe und Baumethoden wurden in den letzten Jahren auch durch Studienreisen wertvolle Erkenntnisse gewonnen. Unsere Fachleute haben bei diesen Reisen neue Baustoffe kennengelernt, die derzeit durch die Technische Versuchsanstalt des Stadtbauamtes geprüft werden.

Seitens des Stadtbauamtes wird auch alles unternommen, um eine Steigerung des Bauvolumens mit den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften zu erreichen. Die Rationalisierungsbestrebungen erstrecken sich sowohl auf die Planung als auch auf die Ausführung der Arbeiten. Sie umfassen bei der Planung neben der Auswahl geeigneter Grundstücke, Raumprogrammgesprächen, Wirtschaftlichkeits- und Projektsprechungen und auch Bauvorbereitungsarbeiten, zum Bei-

spiel die vorzeitige Aufschließung und Vorbereitung der Baugründe.

Um die Kontinuität in der Bauwirtschaft zu wahren, wurden natürlich auch im Jahre 1963 die Winterbaumaßnahmen fortgesetzt. Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau konnte dadurch auch bei niedrigsten Temperaturen gearbeitet werden. Es wurden ähnliche Vorkehrungen wie in den Vorjahren getroffen. Die geschlossenen, überdachten und verglasten Rohbauten wurden wieder beheizt. Bei zwei Häusern wurden die Bauarbeiten in Winterbauhallen durchgeführt.

Durch intensive Vorkehrungen war es möglich, auch während des strengen Winters einen wesentlichen Beitrag zur Winterbeschäftigung im Baugewerbe zu leisten. Für die Winterperiode 1963/64 sind Baumaßnahmen im ungefähr gleichen Umfange wie im Vorjahr vorgesehen.

Für die Errichtung der Schüttbauwände einer Großbaustelle ist erstmals die Verwendung von winterbauhallenähnlichen Schutzhüllen geplant. Diese Schutzhüllen bestehen aus Kunststoffplanen, die bereits in vorangegangenen Wintern erprobt wurden. Diese Konstruktionsart ist wirtschaftlicher als die bisher verwendeten Winterbauhallen.

Noch immer kein Assanierungsgesetz!

Ich muß auch in diesem Jahr mit Bedauern auf das Fehlen gesetzlicher Maßnahmen zur Bodenbeschaffung und Assanierung hinweisen. Die besten und schönsten Projekte nützen nämlich nichts, solange ihre Realisierung daran scheitert, daß die dafür notwendigen Flächen nicht zur Verfügung stehen.

Es gibt ja in einer Großstadt kaum noch Grundstücke, die in keiner Weise genutzt sind, die also sofort für die Inangriffnahme einzelner Maßnahmen zur Verfügung stehen. In den meisten Fällen sind diese Flächen mehr oder minder intensiv genutzt. Wo ungenutzte Flächen vorhanden sind, fehlt die für das Bauen notwendige Aufschließung.

Es ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit, gewerbliche Betriebe aller Art abzusiedeln. In den letzten Jahren hat das Stadtbauamt nahezu 1.000 Betriebe von Baulandflächen abgesiedelt. Es bedurfte außerordentlicher Bemühungen und sehr hoher finanzieller Aufwendungen, um diese Absiedlungen durchzuführen.

Daß keiner der betroffenen Betriebe bei dieser Aktion in seiner Existenz gefährdet wurde, zeigt vom sozialen Verständnis, in dessen Geist die Absiedlungsverhandlungen geführt wurden. Naturgemäß gibt es bei den Betroffenen aber auch Menschen, die glauben, bei solchen Gelegenheiten gut verdienen zu können. Hier ist oftmals viel Geduld und rechtzeitige Vorsorge in rechtlicher Hinsicht erforderlich, um Wunschträume auf den Boden der Realität zurückzuführen.

Tatsache ist, daß in keinem einzigen Fall der Absiedlung gewerblicher Betriebe eine zwangsweise gerichtliche Delogierung durchgeführt wurde, da in allen Fällen eine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte.

Wie in den vergangenen Jahren wurden auch im Jahre 1963 wieder viele freischaffende Architekten und Zivilingenieure mit Planungs- und Projektierungsarbeiten betraut. So haben insgesamt 146 freischaffende Architekten die Pläne für das Wohn- und Nutzbauprogramm entworfen. 43 Zivilingenieure haben neben statischen Berechnungen zum Teil sehr umfangreiche und schwierige Detailprojekte für Hoch- und Tiefbauvorhaben erstellt. An 40 freischaffende Künstler wurden Aufträge neu vergeben; 44 Künstler haben insgesamt 64 Arbeiten in den hierfür vorgesehenen Bauten aufgestellt.

Die Magistratsabteilung 21, das ist jene Abteilung, die Baustoffe zentral beschafft, hat im Jahr 1963 Baustoffe in einer Gesamtmenge von 1,620.000 Tonnen, mit einem Rechnungswert von 272 Millionen Schilling eingekauft.

Stadtplanung

Im Rahmen der Tätigkeit des Stadtbauamtes haben die Arbeiten zur flächenwidmungs- und bebauungsplanmäßigen Realisierung des vom Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Grundkonzeptes einen wichtigen Platz eingenommen. Ich habe in diesem Saal schon einige Male darauf hingewiesen, daß Stadtplanung nicht ein einmaliger Vorgang, sondern eine dauernde Aufgabe ist. Es mußte daher das Bestreben sein, für die Erfüllung dieser äußerst schwerwiegenden und verantwortungsvollen dauernden Tätigkeit eine zweckentsprechende und dauerhafte organisatorische Form zu finden.

Aus diesem Grund wurde nach dem Ausscheiden des bisherigen Stadtplaners eine Verschmelzung der Gruppe Stadtplanung mit der Stadtregulierung in der Form einer neu organisierten Magistratsabteilung durchgeführt, wobei gleichzeitig eine wesentliche Vereinfachung der Planungsagenden erreicht wurde.

Das Schwergewicht in der städtebaulichen Arbeit lag in der Verwirklichung weiterer Teilabschnitte des städtebaulichen Grundkonzepts und des Generalverkehrsplanes, das heißt, der Schwerpunkt der Planungsarbeit verlagerte sich von der Grundlagenforschung und Prognose auf die planlich Festlegung der im Grundkonzept aufgestellten Prinzipien in Form von rechtswirksamen Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. Für eine Reihe von Gebieten konnte der Flächenwidmungsplan nach den vom Gemeinderat festgelegten Grundsätzen überarbeitet werden und dadurch einerseits wertvolles Grünland, vor allem am westlichen Stadtrand, in seinem Bestand gesichert und andererseits wichtige Flächen des Stadterweiterungsgebietes im Norden, Osten und Süden für eine dichtere und wirtschaftlichere Bebauung gewonnen werden.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze wurden die Bebauungsvorschläge für das Wohnbauprogramm der Stadt Wien, für Siedlungsvereinigungen und teilweise auch für Einzelbauvorhaben ausgearbeitet, wobei immer getrachtet wurde, möglichst größere zusammenhängende Gebiete nach einheitlichen Gesichtspunkten zu gestalten. Nachdem an der Verwirklichung der Assanierungsvorhaben im Lichtental und am Brauhirschgrund bereits fleißig gearbeitet wird, werden nunmehr die Voraussetzungen für eine Assanierung in Alt-Ottakring, am Spittelberg und in Margareten geschaffen. Die im Hinblick auf die Stadtentwicklung bereits früher begonnene Flächenbilanz des gesamten Stadtgebietes konnte weiter ausgewertet werden und stellte bei allen Entscheidungen über Verkehrsfragen und über die Lage von öffentlichen Einrichtungen ein wertvolles Hilfsmittel dar. Für die Industrieflächenreserven wurde eine spezielle Untersuchung eingeleitet, um innerhalb der einzelnen Flächen die Standortvoraussetzungen zu klären und sie in einer übersichtlichen Form festzuhalten.

Die von der Stadtverwaltung angestrebte Entmischung, die laufenden Absiedlungen gewerblicher Betriebe, erfordert ebenso wie die Neuaufschließung eine zweckmäßige Lenkung der industriellen und

gewerblichen An- und Umsiedlungen. Mit dieser Aufgabe wurde die 1963 gegründete Standortberatungsstelle betraut. Die Beratungsstelle hat ein Jahr des Aufbaues hinter sich, konnte aber schon erste Ergebnisse ihrer Tätigkeit vorlegen.

Die Standortberatungsstelle hat bisher beratend oder gutachtlich zum Standort von rund 80 Betrieben Stellung genommen. Die Mehrzahl der Fälle betraf Handels- und kleinere Gewerbebetriebe; in drei Fällen handelte es sich aber auch um Industriebetriebe.

Die Standortwahl für städtische Bauvorhaben ist vor allem in den dicht verbauten Stadtgebieten äußerst schwierig, da keine größeren zusammenhängenden Flächen für die Bebauung zur Verfügung stehen. Größere Bauvorhaben können daher nur in den Randbezirken projektiert werden, wodurch natürlich umfangreiche Aufschließungsarbeiten erforderlich werden, auf deren Wirtschaftlichkeit immer besonders Bedacht genommen werden muß. Zur Sicherung der eigenen Planungsziele ist es auch unbedingt erforderlich mit den angrenzenden Planungsgewalten, das sind im wesentlichen das Land Niederösterreich und die angrenzenden Ortsgemeinden, zu koordinieren. Dieser Notwendigkeit wurde schon vor längerer Zeit durch die Gründung eines gemeinsamen Planungsausschusses Wien-Niederösterreich Rechnung getragen.

Für die Planungs- und Projektierungstätigkeit des Jahres 1963 waren vor allem die Beratungen der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission von größter Bedeutung. Die Kommission hat sich in vier Sitzungen eingehend mit dem Projekt der vierten Donaubrücke, mit den Problemen des Hafens Albern, der besseren Versorgung des 22. Bezirkes durch öffentliche Verkehrsmittel und vor allem mit jenen Projekten befaßt, die die Ausarbeitungen des vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossenen Straßennetzes erster Ordnung darstellen. Das Projekt des Wiener Stadtbauamtes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Donau durch Errichtung eines Entlastungskanales im Überschwemmungsgebiet wurde eingehend erörtert und beschlossen, seine Ausführung dem Gemeinderat vorzuschlagen.

Die Gemeinderätliche Planungskommission hat ferner dem Projekt für den Umbau der Lobkowitzbrücke seine Zustimmung erteilt und auch die schon im Vorjahre begonnenen Beratungen über den Ausbau des Gürtels von der Flurschützstraße bis zum Südtiroler Platz abgeschlossen. Genehmigt wurde weiter der Anschluß der Westautobahn zwischen dem Knoten Auhof und den Wientalbegleitstraßen sowie der Anschluß und Ausbau des Flötzersteiges an die Wientalbegleitstraßen. Auch der vom Stadtbauamt vorgeschlagene Standort für ein neues Krankenhaus und Altersheim links der Donau, sowie die Projekte für die Trassenfestlegung der Nordeinfahrt nach Wien, mit Anschluß zur Dritten Strombrücke und das Projekt der Flughafen-Autobahn haben die Zustimmung der Gemeinderätlichen Planungskommission gefunden.

Die größte legistische Vorarbeit des Stadtbauamtes seit 1945 umfaßt die Erstellung eines Referentenvorentwurfes einer großen umfassenden Bauordnungsnovelle, die sämtliche Erfahrungen und Erkenntnisse der Stadtverwaltung und der Fachwissenschaft auf diesem Gebiete in das bisherige Schema der Bauordnung verarbeiten soll.

Vorschau auf 1964

Ich wende mich jetzt der Zukunft, den Arbeiten des Jahres 1964, zu.

Wie in den vergangenen Jahren sind die Voranschlagsansätze für das Jahr 1964 sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgaben-seite erhöht worden. Die Einnahmen steigen von 152,404.100 Schilling auf 167,168.600 Schilling, das sind 14,764.500 Schilling oder 9.6 Prozent. Die Ausgaben erhöhen sich von 1.424,757.100 Schilling auf 1.478,589.600 Schilling, das sind 53,832.500 Schilling oder 3.7 Prozent. Leider muß ich wieder berichten, daß ein Teil dieser erhöhten Mittel den inzwischen eingetretenen Preis-erhöhungen zum Opfer fällt.

Neben diesen Beträgen wird die Verwaltungsgruppe VI für andere Verwaltungsgruppen Bauvorhaben mit einem Gesamtaufwand von 579,978.000 Schilling durchführen. Insgesamt steht im Jahre 1964 für die Beschäftigung im Bau- und Bauehengewerbe ein Betrag von 2.715,847.000 Schilling zur Verfügung, das ist um 187,812.000 Schilling mehr als im Jahre 1963. Die Mittel, die im Jahre 1964 für bauliche Investitionen, die laufende Erhaltung

und Instandsetzung und als Darlehen für Bauvorhaben ausgegeben werden, betragen 35.8 Prozent des gesamten Budgetrahmens.

Für die Erhaltung und Instandsetzung städtischer Objekte werden allein 349,132.000 Schilling aufgewendet werden.

Wie in den vergangenen Jahren habe ich auch in diesem Jahre vom Finanzreferenten wieder die Zusage erhalten, daß er bereit sei, auch im Laufe des Jahres etwa fertigwerdende Projekte nach Maßgabe vorhandener Mittel dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Der Finanzreferent hat außerdem, wenn da und dort die Kürzung von Bauraten durchgeführt wurde, darauf hingewiesen, daß diese Kürzung keinesfalls zu einer Tempominderung am Bau selbst zu führen braucht, daß im Gegenteil zügig und so rasch wie möglich bei allen Bauvorhaben weiter gearbeitet werden soll und daß er auch eventuellen Bauratenerhöhungen, die durch den Baufortschritt notwendig werden, seine Zustimmung geben wird.

Der Wohnungsbau ist nach wie vor eines der wichtigsten Probleme unserer Stadt. Dabei bitte ich das Augenmerk immer auf die gesamte Wohnbauleistung der Stadt zu legen. Gewiß war der Wohnungsbau im abgelaufenen Jahr die einzige Sparte der kommunalen Bautätigkeit, auf der die optimistischen Vorhersagen bezüglich der Anzahl der fertigzustellenden Wohnungen leider nicht eingetreten sind. Wir haben beziehungsweise werden in diesem Jahr 3.500 Wohnungen schlüsselfertig zur Vermietung übergeben; das sind weniger als wir beabsichtigt haben. Eine der Hauptursachen für die Verzögerungen in der Fertigstellung der begonnenen Wohnbauten war der im Vorjahr sehr früh einsetzende besonders strenge und langanhaltende Winter, der das Bauen an verschiedenen Baustellen durch fast vier Monate hindurch unmöglich gemacht oder zumindest schwer beeinträchtigt hat. Sogar bei den Arbeiten an unseren Montagebauwohnungen sind auf den Baustellen selbst 44 Arbeitstage völlig ausgefallen.

Natürlich hat auch der allgemein bekannte Mangel an Arbeitskräften dabei eine bedeutende Rolle gespielt. Die Baufirmen arbeiten nicht sehr gern an den Wohnbauvorhaben unserer Stadt, weil es sich bei diesen Arbeiten in der Regel, um, ich möchte beinahe sagen, genormte Lohnarbeit handelt und das Risiko daher für den einzelnen

Unternehmer besonders groß ist. Wie Sie wissen, stellen wir auch für den Wohnungsbau die Hauptbaustoffe den Firmen zur Verfügung, das heißt, die Firmen bieten im wesentlichen nur ihre Arbeitskräfte und ihren Maschinenpark an und es gibt, wenn auf dem Arbeitssektor irgendwelche Schwierigkeiten auftreten, für die Firmen kaum auf der Materialseite oder anderswo ein Äquivalent für etwa auftretende Defizite. Daher werden Wohnbauarbeiten nicht gerne übernommen und Arbeitskräfte sehr gern vom städtischen Wohnbau zu lukrativeren Bauvorhaben abgezogen. Ich sage das keinesfalls als Vorwurf, sondern stelle es nur ganz sachlich fest. Wir haben aus diesem Grund bereits Überlegungen über eine Änderung unserer derzeitigen Praxis angestellt, sind dabei allerdings zu der Überzeugung gelangt, daß ein Abgehen von unserer derzeitigen Praxis der Beistellung der Hauptbaustoffe zu einer Verteuerung des Bauens führen würde.

Begonnen haben wir im Jahre 1963 mit dem Bau von insgesamt 5.000 Wohnungen. Durch das Zurückbleiben der Fertigstellungen hat sich die Zahl der derzeit im Bau befindlichen Wohnungen wesentlich vermehrt. Ende des Jahres 1962 waren es 7.973 Wohnungen, Ende dieses Jahres werden es 9.500 Wohnungen sein. Nach den Vorhersagen der einzelnen Baustellenleitungen und auch nach den glaubhaften Berichten der Montagebaugesellschaft werden wir diese Differenz im kommenden Jahr endgültig aufholen. Jedenfalls kann ich heute mit Sicherheit mitteilen, daß im Herbst 1964 die im Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1959 fixierte Zahl von 45.000 Wohnungen erreicht sein wird.

Was die Montagebauwohnungen betrifft, ist es richtig, daß die gewünschte schlüsselfertige Wohnungsanzahl nicht erreicht wurde. In der Plattenerzeugung selbst ist allerdings kein wesentlicher Rückstand eingetreten. Ich glaube trotzdem, daß etwaige Vorwürfe gegen die Montagebaugesellschaft nicht gerecht sind. Wenn auch das Verfahren selbst im Ausland schon erprobt war, so ist es doch verständlich, daß nach der Errichtung der Produktionsstätte und nach dem Beginn der Montage der ersten Wohnungen eine gewisse Anlaufzeit unvermeidbar war.

Erschwerend kam auch hier der äußerst lange und strenge Winter hinzu.

Auch bezüglich des Arbeitseinsatzes ergaben sich Schwierigkeiten. Nach Anlaufen der Fertigstellung und der Montage konnte die Arbeiterzahl nicht sofort schlagartig erhöht werden, da die einzelnen Arbeitskräfte durchwegs ungelernte und industrie- bzw. baufremde Kräfte waren, die erst eingearbeitet werden mußten.

Es ist bezeichnend, daß nur etwa zehn Prozent der bei der Montagebaugesellschaft beschäftigten Arbeitskräfte Baufachleute sind, ein wohl einmaliger Verhältnissatz in der Bauwirtschaft. Durch diese Feststellung wird auch die gelegentlich aufgestellte Behauptung widerlegt, daß die Montagebaugesellschaft dem Baumarkt Arbeitskräfte entzieht.

Hinsichtlich der Vorfabrikation und der Montage der Fertigteile bestehen keinerlei Schwierigkeiten mehr. Im November 1963 wurde im Werk Stadlau bereits die 30.000. Platte hergestellt, was einer Zahl von ungefähr 1.000 Wohnungen gleichkommt.

Mehr als diese Anlaufschwierigkeiten und die sich aus dem strengen Winter ergebenden Verzögerungen fällt jedoch nach wie vor die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt ins Gewicht. Bei den Ausbauarbeiten müssen selbstverständlich weitestgehend Professionisten aller Sparten verwendet werden, und es ist nicht immer leicht, die genügende Zahl dieser Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Die Montagebaugesellschaft versucht, auch hier neue Wege zu gehen und noch mehr Handwerksarbeit auf den Fabrikationsbetrieb umzustellen, um sich von den Schwankungen am Arbeitsmarkt unabhängig zu machen.

Da das Fernheizwerk Stadlau bereits Wärme erzeugt, können in diesem Jahr auch während der kalten Jahreszeit die in Ausbau befindlichen Wohnblöcke beheizt werden, sodaß die Weiterführung der Arbeiten gesichert ist.

Im Jahre 1963 haben wir auch 54 Geschäftslokale gebaut, 135 befinden sich derzeit in Bau.

Die Durchschnittswohnungsgrößen im kommunalen, sozialen Wohnungsbau betragen derzeit 55,7 Quadratmeter, bei Wohnbauförderungsbauten sogar 65 Quadratmeter; dazu kommen noch die Flächen der Balkone und Loggien. Wir bauen bereits Wohnungen mit

94 Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche, Wohnungen die man wahrlich als familiengerecht bezeichnen kann.

Auch die Zahl der zentralbeheizten Wohnungen ist von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. In zahlreichen Besprechungen wurden Maßnahmen diskutiert, die den Einbau von Zentralheizungen in städtischen Wohnhausanlagen zum Ziele hatten.

Um konkrete Unterlagen über die Wohngewohnheiten und Wohnwünsche der Wiener zu bekommen, wurde eine Fragebogenaktion durchgeführt, die eine sehr rege Beteiligung aufwies und bemerkenswerte Ergebnisse brachte.

Wir haben die Absicht, in Kürze auch einen Architektur-Wettbewerb über neue Grundrißtypen durchzuführen und erhoffen uns auch davon neue Anregungen.

Im Jahre 1964 werden für den Wohnungsbau 821 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Von diesem Betrag sollen 612,700.000 Schilling für den Wohnbau in der herkömmlichen Bauweise und 175 Millionen Schilling für den Montagewohnungsbau ausgegeben werden.

19,3 Millionen Schilling werden für Wohnhaus-Wiederaufbauten verwendet.

14 Millionen Schilling stehen für Fertigstellungs- und Ergänzungsarbeiten an städtischen Wohnhäusern zur Verfügung, davon allein 7,5 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten in städtischen Wohnhäusern.

Wir haben auch im kommenden Jahr das Wohnbauprogramm in drei Baustufen eingeteilt und werden in der ersten Baustufe bis April mit dem Bau von 1.500 Wohnungen, in der zweiten Baustufe bis August mit dem Bau von 1.200 Wohnungen und in der dritten Baustufe bis November mit dem Bau von weiteren 1.300 Wohnungen in der traditionellen Bauweise beginnen. Von der Montagebaugesellschaft wurde uns die Lieferung von 1.000 Wohnungen für das nächste Jahr fest zugesagt.

Beträchtliche Beträge müssen wir für Vorbereitungsarbeiten für spätere Wohnbauprogramme bereits jetzt aufwenden. So sind vorgesehen: für Grundfreimachungen rund elf Millionen Schilling, für Architektenhonorare 1,5 Millionen Schilling, für Geometeraufnahmen, Probebohrungen und statische Berechnungen 1,4 Millionen Schilling.

Für die Sanierung des Blutgassenviertels und für Sanierungsarbeiten am Ruprechtsplatz und in der Schönlaternergasse ist ein Betrag von 1,4 Millionen Schilling vorgesehen.

Für Demolierungen von städtischen Althäusern - im Jahre 1963 haben wir 63 solcher Objekte demoliert - ist ein Betrag von sechs Millionen Schilling im Budget eingesetzt. Dazu kommen Beträge in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling für die Durchführung von Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen.

Darf ich nochmals ganz kurz auf die Assanierung des Blutgassenviertels zurückkommen. Seit dem Jahre 1957 werden bereits Verhandlungen für die Freimachung der im städtischen Besitz befindlichen Althäuser im Blutgassenviertel geführt. Bisher wurden in diesem Gebiet sechs Betriebe mit Freimachungskosten in der Höhe von 1,350.000 Schilling abgesiedelt.

Zu unserem Bedauern sind derzeit noch immer ein Handelsbetrieb und eine Gaststätte im Hause Singerstraße 11a untergebracht. Diese beiden Betriebe behindern die bereits weit fortgeschrittenen Assanierungsarbeiten auf das Schwerste. Die Freimachung stößt auf ungeheure Schwierigkeiten, weil die Mieter von der Stadt Wien Beträge fordern, deren Bezahlung einfach nicht verantwortet werden kann.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues

Wie sehr die Stadtverwaltung neben dem eigenen, kommunalen Wohnbauprogramm auch noch den gemeinnützigen und privaten Wohnungsbau direkt fördert, sei kurz erläutert.

Im Rahmen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat das Land Wien in diesem Jahr zusätzliche Darlehen in der Höhe von rund 44 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Damit hat Wien seit dem Jahre 1951 rund 748 Millionen Schilling für Zusatzdarlehen nach dem Bundes-Wohn- und Siedlungsgesetz zur Verfügung gestellt und dadurch mitgeholfen, den Bau von 22.944 Wohnungen zu fördern.

Nach dem Wohnbauförderungsgesetz aus dem Jahre 1954 wurden im Jahre 1963 durch den Wohnbauförderungsbeirat Darlehen in der Höhe von 245,224.700 Schilling bewilligt und damit der Bau weiterer tausender Wohnungen gefördert.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß das Stadtbauamt auch im kommenden Jahr für fast alle anderen Verwaltungsgruppen ebenfalls große bauliche Erhaltungsarbeiten und auch große bauliche Investitionsarbeiten durchzuführen hat.

Es werden unter anderem Volksheime, Sportanlagen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Bäder, Märkte, Feuerwachen und vieles andere erhalten oder neu gebaut.

An größeren Bauvorhaben darf ich die Secession, das Planetarium, einige Schulbauten, darunter das 3. Zentralberufsschulgebäude in Meidling, das Heim für körperbehinderte Kinder in Mauer und eine Anzahl bedeutender Krankenhausbauten, wie den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und den Neubau des Rudolfspitales, die Spitalsneubauten im Wilhelminenspital und nicht zuletzt die Sanierung des alten Teiles des Allgemeinen Krankenhauses und die Durchführung des sogenannten Klinikerprogrammes erwähnen.

Dazu kommen die Arbeiten an einem neuen Bürogebäude und Lagerplatz für die Abteilung "Öffentliche Beleuchtung", die Zubauten bei den Wasserwerken in der Grabnergasse im 6. Bezirk, die Überdachung des Schwimmbeckens im Theresienbad, der Bau des Hallenschwimmbades in Floridsdorf, der Neubau des Hannovermarktes und der Bau weiterer Feuerwachen.

Für die Generalinstandsetzung und Modernisierung des Rathauskellers, die schon seit vielen Jahren fällig ist, ist im Budget ein Betrag von 3,3 Millionen Schilling als erste Baurate eingesetzt.

Erwähnenswert sind auch in diesem Jahre wieder die Arbeiten der Rathausverwaltung. Die Bediensteten dieser Dienststelle hatten bis Ende Oktober 49 Großveranstaltungen, 46 Konzerte, 64 Empfänge und Kongresse und 250 sonstige Veranstaltungen, wie Dienstjubiläen, Goldene Hochzeiten, Angelobungen, Verabschiedungen und Verleihungen von Ehrenzeichen, vorzubereiten. Daneben hat die Rathausverwaltung im Jahre 1963 bisher 133 Verleihgeschäfte abgewickelt.

Sowohl bei den Neubau-, aber auch bei den Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten haben unsere Heizungs- und Installationsabteilungen bedeutende Arbeiten zu erfüllen.

In 1.000 städtischen Objekten wird der Neubau und die Instandsetzung der maschinen-, wärme- und kältetechnischen Anlagen durchgeführt.

Die Heizkontrolle ergab, daß infolge des strengen Winters der Brennstoffverbrauch aller Dienststellen von 75.300 Tonnen im Jahre 1962 auf 88.400 Tonnen im Jahre 1963 gestiegen ist.

Die bereits im Vorjahr angekündigten Verbilligungen durch vorgefertigte Zentralheizungsanlagen sind zum Teil bereits eingetreten. Wir hoffen, weitere Verbesserungen erzielen zu können.

Auch unsere Installationsabteilung ist ständig bemüht, durch neue Verbesserungen Verbilligungen zu erzielen.

Neubau des "Allgemeinen"

Die im vergangenen Jahr begonnene Generalsanierung der II. Chirurgischen und I. Frauen-Universitätsklinik hat große Fortschritte gemacht, sodaß es möglich war, einen Teil der neu geschaffenen Räume bereits Mitte 1963 in Betrieb zu nehmen. Bei dieser Generalsanierung handelt es sich keinesfalls um kleine Instandsetzungen und Adpatierungen, sondern im wesentlichen um ein Bauvorhaben mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen Schilling, das in seiner Endlösung praktisch einem Neubau gleichkommt. Diese Generalsanierung stellt im Rahmen des Gesamtplanes den ersten Abschnitt des Neubaus dar.

Die Grundsatzplanung für den gesamten Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurde im Frühjahr 1963 fertiggestellt und vom Spitzenausschuß genehmigt. Mitte dieses Jahres wurde bereits die Detailplanung in Angriff genommen. Die Arbeiten sind soweit gediehen, daß mit dem Bau der Personalwohnhäuser bereits im Oktober begonnen werden konnte. Nach Abschluß der erforderlichen Abbrucharbeiten werden die Kanalherstellungen in Angriff genommen werden, sodaß einem zügigen Baufortschritt nichts im Wege steht. Gleichzeitig werden die schwierigen Detailplanungen für die übrigen Objekte weitergeführt. Neben dem Bau der Personalwohnhäuser wird in Kürze auch mit dem Bau der Krankenpflegeschule mit Internat und der provisorischen Apotheke begonnen werden. Es ist sodann der Neubau der psychiatrischen Klinik, der Kinderklinik und eines Kindergartens geplant, da erst nach Fertigstellung der psychiatrischen Klinik die derzeitige Klinik abgebrochen und mit dem Neubau des großen Bettentraktes begonnen werden kann.

Wir können also mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß der lang besprochene und viel umstrittene Neubau des Allgemeinen Krankenhauses nun tatsächlich in das Stadium der Durchführung gelangt ist.

Auch die Vorarbeiten für den Neubau des Rudolfspitales sind im vollen Gange. Das Schwesternwohnhaus hat bereits im Sommer die Hauptgleiche erreicht und wird im Jahre 1964 fertiggestellt werden.

Großmarkt und Schlachthof

Die für die Vorarbeiten eingesetzte Planungskommission hat ihre Arbeiten im wesentlichen abgeschlossen. Es wird derzeit an einem ins Detail gehenden Raum- und Funktionsprogramm gearbeitet.

Es ist beabsichtigt, nunmehr ein Grundsatzprojekt zu erstellen und sodann, ähnlich wie beim Allgemeinen Krankenhaus die Detailplanung in Angriff zu nehmen. Ich glaube, daß das Grundsatzprojekt im Jahre 1964 zur Genehmigung vorliegen wird.

In Erkenntnis der großen preisregulierenden Funktionen der Wiener Detailmärkte wurde mit der Planung und Projektierung eines solchen Detailmarktes in dem neuen großen Wohngebiet um den Nothnagelplatz im 10. Bezirk begonnen.

Wiener Verkehrsprobleme

Im Rahmen meiner Verwaltungsgruppe kann ich nur über Verkehrsplanung und den Straßen- und Brückenbau sprechen. Eine Reihe von Agenden des Straßenverkehrs gehören in andere Verwaltungsgruppen. Es beschäftigen sich mit Verkehrsproblemen aber auch die Straßenverkehrskommission unter dem Vorsitz des Magistratsdirektors und die zuständigen Polizeidienststellen.

Ich möchte an die Spitze meiner diesjährigen Betrachtungen vor allem ein paar Dankesworte stellen, ein paar Dankesworte an die motorisierten, aber auch an die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer und an die Gewerbetreibenden, die alle durch unsere Bautätigkeit auf den Wiener Straßen sehr oft und sehr unangenehm in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie alle haben durch ihr wirklich diszipliniertes Verhalten wesentlich dazu beigetragen, daß diese nicht leichten Bauarbeiten die meist unter Aufrechterhaltung des Verkehrs durchgeführt werden müssen, verhältnismäßig gut und rasch abgewickelt wurden. Es ist nicht zuletzt ihnen allen zu

danken, daß das von manchen anscheinend direkt herbeigesehnte Chaos ausgeblieben ist. Ich möchte in diesem Dank aber auch ganz besonders die ausgezeichnete Arbeit unserer Verkehrspolizei hervorheben, die uns ebenfalls jederzeit in mustergültiger Weise berät und unterstützt. Nicht zuletzt aber danke ich den vielen braven Straßenbauarbeitern, die entgegen den Behauptungen mehr oder weniger geistreicher Witzbolde auch in diesem Jahre ausgezeichnete Arbeit geleistet haben.

Der Referent zählte dann die wichtigsten Arbeiten auf: Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Gürtels von der Flurschützstraße bis zum Südtiroler Platz wurde das generelle Projekt einer Straßenbrücke über den Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof erstellt, um die Triester Straße und damit in weiterer Folge die Autobahn-Süd direkt mit dem Gürtel in Richtung zum Gaudenzdorfer Knoten zu verbinden.

Ein generelles Projekt über eine Tiefgarage beim Messepalast.

Ausgelöst durch den Ausbau der Wientalbegleitstraße wurde ein generelles Projekt mit Leistungsnachweis über den Umbau des Bereiches Lobkowitzbrücke, sowie eine Vorstudie über die konstruktive Ausgestaltung einer späteren Weiterführung der Autobahneinfahrt-West und allfällige Umstellungen von Stadtbahn auf Schnellbahnbetrieb im Zuge des Wientales und des Gürtels ausgearbeitet.

Weiter wurden durchgeführt:

Eine generelle Überprüfung des von Professor Feuchtinger stammenden Projektes Schwarzenbergplatz im Hinblick auf die derzeitige Verkehrsbelastung. Zu diesem Projekt wurde auch eine Vorstudie über einen Lösungsvorschlag gemacht.

Ein generelles Projekt über die Nordeinfahrt nach Wien von der Stadtgrenze bei der Brünner Straße bis zum Anschluß an die dritte Strombrücke.

Es wurden Vorstudien ausgearbeitet über den Straßenzug Gürtel von der Adolf Blamauer-Gasse bis zum Knoten Landstraßer Gürtel und die Fortsetzung der Autobahn-Süd-Einfahrt von der Favoritenstraße ebenfalls bis zum Landstraßer Gürtel.

Eine Vorstudie über die Weiterführung der beiden vereinigten Straßenzüge über das Marktgelände in St. Marx, den Prater und die vierte Strombrücke bis zum Knoten Kaisermühlendamm wurde ebenfalls fertiggestellt.

Außerdem wurde ein generelles Projekt für den Straßenzug Raxstraße-Grenzackergasse-Bitterlichstraße-Haugergasse, vor allem im Bereich der Ost- und Aspangbahn ausgearbeitet.

Ein weiteres generelles Projekt beschäftigt sich mit den Straßenführungen im Bereich Erdberger Lände-Zentralgroßmarkt-Schlachthausgasse.

Gemeinsam mit den Wiener Verkehrsbetrieben wurde eine Untersuchung des öffentlichen Verkehrs im Raume Wien-Baden und eine Untersuchung über das Verkehrsaufkommen eines innerstädtischen Bereiches, und zwar zwischen Ungarbrücke-Wienfluß-Radetzkystraße-Hinterer Zollamtsstraße-Invalidenstraße durchgeführt.

Vor kurzem habe ich den Auftrag gegeben, eine Parkraumuntersuchung für das Gebiet innerhalb der Gürtelstraße und des Donaukanales mit Einbeziehung der angrenzenden Randbereiche des 2. Bezirkes durchzuführen. Derartige Überprüfungen gibt es bereits aus dem Jahre 1958, allerdings auf einen wesentlich kleineren Stadtteil beschränkt.

Bei der Behandlung dieser Projekte kam deutlich zum Ausdruck, daß mit dem Beschluß des Gemeinderates vom November 1961 über dieses Netz von Autobahnen und Schnellstraßen nicht nur Vorsorge für die Bewältigung des Wiener Verkehrsaufkommens getroffen wurde, sondern daß mit den Radialen nach West, Süd, Nord und Ost und deren Verbindung untereinander durch Gürtel und Donaukanalstraße auch das großräumige Kommunikationsbedürfnis des Landes Niederösterreich weitgehend befriedigt werden kann. Darüber hinaus entspricht dieses Netz vollkommen den Aufgaben im Rahmen des Europastraßennetzes, deren Routen Warschau-Rom und London-Istanbul in Wien ihren Schnittpunkt haben.

Mit den Wiener Verkehrsbetrieben und den Österreichischen Bundesbahnen wurden sehr konkrete Arbeiten über ein Konzept für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs weitergeführt. Der Umfang der Materie und der damit zusammenhängenden technischen, betrieblichen und wirtschaftlichen Fragen erfordern immer mehr ins Detail gehende Überlegungen, die voraussichtlich erst im nächsten Jahr die Möglichkeit geben werden, das gesamte Problem vor der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission zu erörtern. Es zeichnet sich die Möglichkeit ab, unter Umständen durch eine andere Betriebsführung auf einem Teil des Netzes der Stadtbahn

für die direkte Heranbringung von Fahrgästen aus dem Norden, Westen und Süden von Wien an die großen Wirtschaftsbereiche der Bezirke innerhalb des Gürtels eine wesentliche Verbesserung zu erreichen. Ergänzend zu diesem übergeordneten Netz, das auf bestehenden Gleisanlagen über oder unter den Verkehrsflächen geführt bzw. weiter ausgebaut werden soll, wird untersucht, welche Linien des Straßenbahnnetzes, die die Funktion als Verteiler des Fahrgaststromes aus dem übergeordneten Netz zu übernehmen haben, eventuell unter der Erde so ausgebaut werden müssen, daß sie unabhängig vom Autoverkehr eine reibungslose Bedienung der Bezirksteile zwischen den Stadt- oder Schnellbahnanlagen sicherstellen.

Die Stadtentwicklung im allgemeinen und der ständig steigende Straßenverkehr im besonderen bringen es mit sich, daß im Bereich der Eisenbahnanlagen immer wieder Überschneidungen der beiderseitigen Interessen auftreten, die im Verhandlungswege bereinigt werden müssen. In erster Linie handelt es sich hierbei um die Verbesserung von Kreuzungen zwischen Eisenbahn und Straße. Auf diesem Gebiet waren sowohl die Stadt Wien als auch die Österreichischen Bundesbahnen initiativ tätig, wobei ich besonders auf die Bauführungen im Gebiet des Hauptzollamtes und die Bauprojekte im Gebiet der großen Ungarbrücke, auf dem Gelände des Nordwestbahnhofes und die Kreuzungen Brünner Straße-Nordwestbahn, Breitenfurter Straße-Verbindungsbahn, Ketzergasse-Südbahn und Erzherzog Karl-Straße - Ostbahn hinweisen möchte. Ein wichtiger Punkt dieser Art, wegen der Zufahrt zum Flughafen Schwechat, wäre wohl auch die Kreuzung Simmeringer Hauptstraße-Donauländebahn. Hier stehen wir allerdings auf dem Standpunkt, daß die eheste Ausführung der planmäßig bereits fertiggestellten Flughafen-Autobahn eine wesentlich bessere und leistungsfähigere Lösung bringen würde.

Bei den Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen müssen natürlich die sich überschneidenden Interessen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden, was bisher immer zu vertretbaren Lösungen geführt hat. Es ist erfreulich und sehr dankenswert, daß sich die Österreichischen Bundesbahnen dazu bekennen, daß die kommerzielle Nutzung der Eisenbahntrassen im Stadtbereich für Bauzwecke nur im engen Einvernehmen mit der Stadtverwaltung erfolgen darf.

Die mit jedem großen Straßenbauvorhaben verbundenen Sanierungen und Umlegungen aller Einbauten nehmen den größten Teil der gesamten Arbeitszeit und auch einen großen Teil der Gesamtbaukosten in Anspruch. Hierbei ist die Koordinierung der einzelnen baulichen Maßnahmen, insbesondere auch mit den Maßnahmen fremder Dienststellen, wie etwa der Eisenbahn oder dem Kabelbauamt der Post- und Telegraphenverwaltung, besonders schwierig, da die Mittel dieser Stellen innerhalb von Ausbauplänen mehr oder minder langfristig gebunden sind. Die Schwierigkeiten der Verbreiterung einer Fahrbahn werden dann besonders groß und aufwendig, wenn hierdurch bebaute Liegenschaften berührt werden und nicht nur Wohnparteien, sondern auch gewerbliche Betriebe abgesiedelt werden müssen. Trotz aller hierbei auftretenden Schwierigkeiten ist es bisher bis auf ganz wenige Fälle gelungen, mit den betroffenen Liegenschaftseigentümern zu Vereinbarungen über die Grundüberlassung zu gelangen. Nur in einigen wenigen Fällen mußte das mangelnde Verständnis der Liegenschaftseigentümer für die Notwendigkeiten des öffentlichen Verkehrs durch die Einleitung eines Enteignungsverfahrens nach den Bestimmungen der Bauordnung für Wien zu beseitigen versucht werden. Erfahrungsgemäß kommt es jedoch im Zuge des Enteignungsverfahrens fast immer zu freihändigen Vereinbarungen, sodaß die Enteignungsanträge zurückgezogen werden können.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß sich der weitaus stärkste Kraftfahrzeugverkehr auf die Großstädte und ihre unmittelbarste Umgebung konzentriert. Als logischer Schluß dieser Tatsache muß eigentlich dem Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes gerade in dem genannten Bereich eine Vorrangstellung eingeräumt werden, wenn nicht die ganze Wirtschaft eines Landes Schaden erleiden soll. Da außerdem die notwendigen Verkehrsbauten in der räumlichen Beengtheit der Großstadt besonders teuer sind, muß, und zwar auch mit Hinweis auf das Gesamtinteresse, mit allem Nachdruck die Bereitstellung größerer finanzieller Mittel durch den Bund für die Lösung der Verkehrsprobleme im Bereich der Bundeshauptstadt verlangt werden. Verzeihen Sie mir, bitte, daß das nun schon zum Xten-Male, leider erfolglos geschieht.

Wien wird benachteiligt

Man beginnt sich langsam zu schämen, wenn man immer wieder auf die eklatante Benachteiligung der Bundeshauptstadt auf dem Sektor des Bundesstraßenbaues und der Bundesstraßenverwaltung hinweisen muß. Ich habe bereits einige Male dem Gemeinderat über die Bemühungen des Herrn Bürgermeisters auf diesem Gebiete berichtet. Nach sehr konkreten Vorschlägen des Herrn Bürgermeisters, die bereits Jahre zurückliegen, hat der Gemeinderat am 21. April 1961 einstimmig zwei Anträge über den Ausbau des Bundesstraßennetzes, sowie einen Dringlichkeitsplan des Baues der Einführung der Autobahn nach Wien beschlossen. Am 17. August 1962, am 1. Februar 1963 und am 12. September 1963 hat sich der Bürgermeister beziehungsweise das Amt der Landesregierung erneut an das Bundesministerium gewendet; aber es scheint nicht einmal der durch den Gemeinderat zum Ausdruck gebrachte einhellige Wille der Wiener Bevölkerung auch nur den geringsten Eindruck auf das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zu machen. Ich weiß nicht, womit sich die Wiener Bevölkerung die Ungunst dieses Ministeriums zugezogen hat. Wir werden nämlich auch auf dem Sektor des Wasserbaues von diesem Ministerium manchmal übersehen. Während zum Beispiel das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft im Jahre 1963 für Verkehrswasserbauten einen Betrag von 7,3 Millionen Schilling als Bundeszuschüsse in Aussicht gestellt hat, hat es das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau abgelehnt, Beitragsleistungen für zwei Kaimauerabschnitte im Hafen Freudenau zu leisten, obwohl die Ansuchen rechtzeitig gestellt wurden und die Wiener Hafenanlagen ja mit dem Handel, der durch dieses Ministerium gefördert werden soll, doch irgendwie zu tun haben.

Man scheint in dieser Frage erst jetzt etwas hellhörig geworden zu sein, nachdem im Ministerrat wegen der Benachteiligung Wiens eine vom Handelsministerium eingebrachte Bundesstraßengesetz-Novelle zurückgewiesen wurde, in der auch für andere anscheinend "bessere" oder "bravere" Bundesländer die Übernahme größerer Verkehrsflächen in das Bundesstraßenverzeichnis vorgesehen war. Vor wenigen Tagen wurden im Parlament zwei Entschließungsanträge der beiden Koalitionsparteien eingebracht, wobei der Antrag der SPÖ, die Forderungen der Bundeshauptstadt zur Gänze übernommen hat. Diese beiden Anträge haben gestern nach sehr hitzigen Debatten zu einem einzigen von

allen drei im Parlament vertretenen Parteien beschlossenen EntschlieBungsantrag geföhrt. In diesem Antrag wird erneut die Benachteiligung des Bundeslandes Wien auf dem Gebiete des BundesstraBeneswesens festgestellt und der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau ersucht, bereits jetzt in der BundesstraBengesetz-Novelle 1963 die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Festlegung der durch Wien föhrenden künftigen Autobahntrassen zu schaffen und auBerdem dafür Sorge zu tragen, daB auch Wiener LandesstraBen, die für den Durchzugsverkehr im Sinne des BundesstraBengesetzes Bedeutung haben, in Entsprechung einer bereits am 18. März 1959 vom Nationalrat gefaBten EntschlieBung ebenfalls in die Verwaltung des Bundes übernommen werden. Ich hoffe, daB sich bei dem Kampf um die Durchsetzung der Rechte der Bundeshauptstadt, der durch diesen EntschlieBungsantrag vom Parlament in die Bundesregierung verlagert wurde, sämtliche Mitglieder der Bundesregierung für die Interessen Wiens einsetzen und die Übernahme des vom Bürgermeister bereits in den Jahren 1960 und 1962 geforderten Netzes von BundesstraBen und Autobahnen durch den Bund so rasch wie möglich in die Tat umsetzen werden. Die Benachteiligung, ja ich möchte fast sagen, die Diskriminierung der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet ist auch im Hinblick auf die Steuerleistung der Wiener Bevölkerung für den GesamtstraBenbau einmalig und das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau wird wohl endlich dazu beitragen müssen, daB dieser rechtlich unhaltbare Zustand beseitigt wird.

Im Rahmen der Verbindungsstelle österreichischer Bundesländer finden derzeit Untersuchungen über das Netz der Landes-, Bezirks- und GemeindestraBen in den einzelnen Bundesländern statt. Die Auswertung der Ergebnisse dieser Untersuchungen wird zwar eine wichtige Grundlage für die gesamten Verhandlungen der Bundesländer mit dem Bund hinsichtlich der von ihnen betreuten StraBen bringen, doch vermag dies an der seit 1945 vorliegenden schlechteren Situation der Stadt Wien auf dem Gebiete der BundesstraBen nichts zu ändern.

Die StraBenbauarbeiten des Jahres 1963 wurden ebenfalls durch den Winter 1962/63 sehr unangenehm beeinflusst.

Dieser Winter hatte in den Wiener Straßen zahlreiche Frost- und Tauschäden verursacht. Es mußten umfangreiche Belagserneuerungen durchgeführt und an zahlreichen Stellen ganze Straßenzüge umgebaut werden, um den Verkehr einigermaßen bewältigen zu können. Diese unvorhergesehenen Arbeiten verursachten einen großen zusätzlichen Arbeitsaufwand in der Höhe von rund 52 Millionen Schilling und haben unser Straßenbauprogramm zum Teil schwer in Unordnung gebracht.

209 Millionen für Straßenbau

Für das Jahr 1964 sind für den Straßenbau insgesamt 209,2 Millionen Schilling vorgesehen. Wir werden damit im Jahre 1964 vor allem Fertigstellungen bereits begonnener Straßenbauarbeiten durchführen, wobei mir, wie bereits gesagt, vom Finanzreferenten Bau- ratenerhöhungen, sofern diese erforderlich werden, zugesagt wurden.

Für die Erhaltung der Wiener Straßen ist ein Betrag von 42 Millionen Schilling vorgesehen. Die größeren Straßenbauvorhaben des Jahres 1964 und deren voraussichtliche Fertigstellungs- termine:

die Albertina Passage: Oberirdische Fertigstellung Ende dieses Jahres; Fertigstellung des unterirdischen Ausbaues Sommer 1964;

Ausbau des Lastenstraßenzuges: Abschnittweise Fertigstellung der Fahrbahn nach Herstellen der Tunneldecke.

Durchbruch des Mariahilfer Gürtels von der Linken Wienzeile zur Gumpendorfer Straße - Fertigstellung Herbst 1964;

Ausbau der Linken Wienzeile von der Hofmühlgasse bis zur Moriz- gasse;

Ausbau der Raxstraße - Fertigstellung Herbst 1964;

Fertigstellung der Breitenfurter Straße von der Wienerberg- straße bis zur Altmannsdorfer Straße; voraussichtlich Herbst 1964;

Fertigstellung der Grünbergstraße, voraussichtlich Herbst 1964;

Fertigstellung der Hietzinger Brücke im Sommer 1964;

Ausbau des Flötzersteiges vom Joachimsthalerplatz bis zur Ameisbachbrücke, Fertigstellung Sommer 1964;

Anschluß der Gablenzgasse von der Possingergasse an die Spetterbrücke;

Ausbau der Donaukanalbegleitstraßen und der Anschlußstraßen im 19. und 20. Bezirk - Fertigstellungstermin Herbst 1964;

Fertigstellung der Brünner Straße bei der Schnellbahnkreuzung, Sommer 1964;

Fertigstellung der Prager Straße von der Voltgasse bis Am Spitz, voraussichtlich Herbst 1964;

Fertigstellung der Hubertusdammstraße von der Reichsbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke, Frühjahr 1964;

Straßenbaubeginn an der Erzherzog Karl-Straße von der Wagramer Straße bis zur Industriestraße und

Fertigstellung der Altmannsdorfer Straße bis zur Stadtgrenze, voraussichtlich Sommer 1964;

Für den Bau dieser Großverkehrsstraßen ist im Voranschlag ein Betrag von 59.6 Millionen Schilling eingesetzt.

Eine Reihe wichtiger Hauptverkehrsstraßen ebenfalls im nächsten Jahre ausgebaut bzw. fertiggestellt werden, so zum Beispiel die Taborstraße von der Heinestraße bis zur Nordbahnstraße, der Margaretenplatz und die Wattgasse zwischen Thaliastraße und Arneithgasse.

Für Oberflächenbehandlungen, Teppichbeläge auf Fahrbahnen und Gehsteigen und Fugenvergüsse sollen 12 Millionen Schilling verwendet werden; für Straßenbauten in Siedlungen sind 10 Millionen Schilling, für Grundfreimachungen drei Millionen Schilling vorgesehen und als Beiträge an die Wiener Verkehrsbetriebe haben wir einen Betrag von 24.1 Millionen Schilling abzuliefern.

Für den Brücken- und Wasserbau, der einen sehr wesentlichen Bestandteil unserer Verkehrsbauten darstellt, sind Ausgaben in der Höhe von 175,666.000 Schilling vorgesehen, wovon 11 Millionen Schilling für bauliche Erhaltungsarbeiten im Budget eingesetzt sind. Für bauliche Herstellungen werden 156,750.000 Schilling ausgegeben werden. Dabei möchte ich vor allem die Arbeiten an der dritten Strombrücke erwähnen. Wir hoffen, mit dieser Brücke, aber auch mit den zusätzlichen kleineren Brückenobjekten, und zwar über die Jedleseer Straße, über die linksufrige Abfahrtsrampe der Dritten Strombrücke, über den Personendurchlaß im Zuge der Arnoldgasse, ebenso wie mit der Gürtelbrücke und der über dem Donaukanal liegenden Brücke in Nußdorf fertigzuwerden, sodaß der Straßenzug vom Döblinger Gürtel über die Gürtelbrücke und Adalbert Stifter-Straße bzw. die Gürtelbrücke, Donaukanalbegleitstraße, Nußdorfer Brücke und dritten Donaubrücke bis Prager Straße im nächsten Jahr dem Verkehr zur Verfügung stehen kann.

Von besonderer Bedeutung ist auch der Neubau der Spetterbrücke im Zuge der Gablenzgasse, Wernhardgasse und des Flötzersteiges. Mit dem Bau eines Kreuzungsbauwerkes, mit dem die Ketzergasse unter die Südbahn geführt werden soll, wird 1964 begonnen werden; ebenso mit der Unterführung der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße, dem Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz, der Lobkowitzbrücke und zweier Brückenbauwerke im Zuge des Anschlusses des Flötzersteiges an die Westeinfahrt.

Fertiggestellt sollen der Umbau des Döblinger Steges über den Donaukanal und die Pellmannbrücke über die Liesing werden. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und als Voraussetzung für den späteren Umbau der Philadelphiabrücke ist eine Brücke über die Südbahn im Zuge der Wienerbergstraße und Ruckergasse geplant. Als erste Baurate für dieses Bauvorhaben ist ein Betrag von zwei Millionen Schilling im Voranschlag enthalten.

Weitere Beträge sind für die Vorarbeiten zum Bau der vierten Strombrücke und für den Umbau des Karlsplatzes im Voranschlag vorgesehen, wobei sich die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission mit dem Projekt des Karlsplatzes nochmals beschäftigen wird müssen.

Die Hafenanlagen

In den vergangenen Jahren erfolgte die systematische Erweiterung der wasserbaulichen Anlagen unserer vier Häfen, vor allem der Häfen Freudenau und Lobau. Daneben wurden umfangreiche Niveauregulierungen durchgeführt sowie ein leistungsfähiger Anschluß an das Straßennetz und die Hafenbahn hergestellt. Nach Abschluß dieser vorbereitenden Arbeiten waren die Voraussetzungen dafür gegeben, im Jahre 1962 auf privatrechtlicher Grundlage eine Hafenbetriebsgesellschaft zu gründen und dieser im heurigen Jahr die technischen Betriebsmittel und die erforderlichen Grundflächen in die Verwaltung zu übergeben.

Bedingt durch den ungewöhnlich strengen Winter kam in unseren Hafenanlagen in den Monaten Jänner und März lediglich ein geringer Umschlag zustande, während im Februar überhaupt kein Schiffsumschlag erfolgte. Die eigentliche Umschlagstätigkeit setzte erst im April ein. Trotzdem hat sich der Gesamtumschlag gegenüber 1962 wesentlich erhöht. Bereits Ende November wurde die Vorjahrssumme überschritten.

Die Steigerung des Gesamtumschlages beträgt in den Monaten Jänner bis einschließlich November 13.1 Prozent. Die Hafенbetriebsgesellschaft hofft, bis Ende 1963 den Vorjahrsumschlag um etwa 16 Prozent zu erhöhen.

Noch mehr als diese erfreuliche Umschlagssteigerung ist ein anderer Umstand für die Bedeutung des Wiener Hafens ausschlaggebend, nämlich der, daß im Rahmen der internationalen Donaukommission geplant ist, die Donau bis Wien für Kähne mit einem Fassungsraum von 3.000 Tonnen schiffbar zu machen. Mit solchen Schiffen kann aber von Wien aus Küstenschiffahrt im offenen Meer betrieben werden. Wenn dann noch innerhalb der nächsten 20 Jahre, wie zu hoffen ist, auch der Rhein-Main-Donau-Kanal und in der gleichen Zeit vielleicht auch der Donau-Oder-Kanal fertiggestellt sein wird, ist der Wiener Hafen in ähnlicher Weise mit dem offenen Meer verbunden, wie etwa Basel, das im Jahre 1962 in seinem Hafen den unglaublichen Umschlag von sieben Millionen Tonnen verzeichnen konnte.

Für Verkehrswasserbauten, das sind im wesentlichen Arbeiten in unseren Hafenanlagen, soll im kommenden Jahr ein Betrag von 17,250.000 Schilling ausgegeben werden. Davon entfällt ein Betrag von fünf Millionen Schilling auf den bereits begonnenen Bau einer Tankerreinigungsanlage.

Für den Schutzwasserbau werden neun Millionen Schilling ausgegeben werden. Damit sollen die im Bau befindlichen Lose der Liesingbachregulierung im wesentlichen fertiggestellt und das letzte Bauilos dieser Regulierung in Kalksburg in Angriff genommen werden.

Weitere Regulierungsarbeiten sind vorgesehen an der Dürren Liesing, am Erbsenbach, am Schreiberbach und an vielen kleineren Gerinnen, wie dem Gütenbach, dem Ostbahngraben und Neilreichgraben, dem Seeschlacht-, Gröret-, Cholera- und Krautgraben, an den Schwechatbachböschungen und am Halterbach.

Um die Versorgung der Wiener E-Werke mit Kühlwasser zu sichern, wird im nächsten Jahr der Umbau der Nußdorfer Schleuse in Angriff genommen. Diese Schleuse soll so umgebaut werden, daß auch bei niederen Donauwasserständen und bei tieferen Temperaturen die notwendige Kühlwassermenge im Donaukanal vorhanden ist.

Zur zielbewußten Weiterführung der Vorkehrungen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes hat die Stadtbauamtsdirektion in Zusammenarbeit mit Professor Dr. Grzywiensky von der Technischen Hochschule in der Freudenau ein Modell des Donaustromes herstellen lassen. Die Durchführung der Versuche, die am vergangenen Dienstag begonnen haben, werden nach dem Winter fortgesetzt. Mit ihrem Abschluß kann im Sommer 1964 gerechnet werden.

In diesem Zusammenhang ist es den Vertretern der Stadt Wien in der Studiengesellschaft für die Errichtung von Kraftwerken in Wien und Klosterneuburg nach einer Reihe schwieriger Verhandlungen im November gelungen, den bis dahin von der Gegenseite vertretenen Vorschlag, die Staustufe Wien in der Höhe des Hafens Albern zu errichten, aus den weiteren Beratungen auszuscheiden. Es kam der für die Wiener Interessen besonders bedeutsame Beschluß zustande, nur die Staustufe in der Höhe des Hafens Freudenau einzubeziehen.

Seit mehr als einem Jahr sind großzügige Untersuchungen der Wassergüte der Donau beim Ein- und Austritt in den Stadtbereich im Gange. Bisher wurden in den Monaten Oktober, November und Dezember 1962, also in der Zeit ausgesprochener Niederrwasserführung der Donau, Messungen an 150 Entnahmepunkten des Stromes und an sieben Sammelkanälen durchgeführt. Im Frühjahr 1963 wurden weitere Kontrollmessungen gemacht. Die zweite große Untersuchungsreihe wurde im August 1963 begonnen und im November abgeschlossen. Zur gleichen Zeit wurden auch die Abwässer ähnlich wie im Jahr 1962 untersucht, jedoch wurde zusätzlich auch der Liesingtalsammler einbezogen. Die Untersuchungen umfaßten jeweils physikalische, chemische, biologische und bakteriologische Analysen. Gegenwärtig erfolgt die Auswertung der Analysen der Kanaluntersuchung durch die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt der Stadt Wien. Im Frühjahr 1964 wird eine ergänzende Untersuchung vorgenommen werden. Im gleichen Jahre wird Professor Liebmann, der mit der Untersuchung beauftragt ist, auch das Gutachten ausarbeiten. Mit dem Abschluß der Gesamtuntersuchungen kann im Sommer 1964 gerechnet werden.

Wie in den vorhergegangenen Jahren haben wir auch im Jahre 1964 wieder einen Beitrag für die Donauhochwasserschutzkonkurrenz in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling zu leisten. Dieser Körperschaft obliegt die Erhaltung und Instandsetzung der Hochwasserschutzanlagen. Im kommenden Jahr werden durch die Donauhochwasserschutzkonkurrenz Instandsetzungsarbeiten am Hubertusdamm sowie Rodungs- und Abgrabungsarbeiten im Überschwemmungsgebiet durchgeführt werden. Außerdem werden Erhaltungsarbeiten am Donaukanal, insbesondere der Einbau der Böschungssicherung entlang der im Bau befindlichen Donaukanalschnellstraßen und die Untergrundabdichtungen beim Wehr in Nußdorf, durchgeführt werden.

Die städtischen Gärten

Das Wiener Stadtgartenamt hat uns auch in diesem Jahr nicht enttäuscht. Die Grünflächen unserer Stadt wurden im Jahre 1963 um fast eine Million Quadratmeter erweitert. Wir besitzen derzeit in Wien, ohne die Flächen des Wald- und Wiesengürtels, rund 14,2 Millionen Quadratmeter öffentlicher Gartenanlagen. In unseren Straßen gibt es mehr als 67.000 Alleebäume; in den Gartenanlagen stehen der Bevölkerung mehr als 80.000 Sitzplätze und 500 Tische zur Verfügung. Für die Kinder und Jugendlichen gibt es 164 Ballspiel- und 38 Kleinkinderspielplätze. Wo keine Möglichkeit besteht, Rasen und Gehölze zu pflanzen, sind die Blumen in rund 400 Blumenschalen ausgepflanzt. Sieben Wienfluß- und Donaukanalbrücken sind mit Blumen geschmückt und neben der Aktion "Wien im Blumenschmuck", in deren Rahmen viele Fenster und Portale auch in diesem Jahr geschmückt wurden, gibt das Stadtgartenamt jährlich 50.000 Schilling für den Blumenschmuck in Antshäusern aus.

Im Jahr 1963 sind 25 neue Gartenanlagen, zwei Ballspielplätze und acht sonstige Spielplätze entstanden. In den Gartenanlagen und Alleen wurden, ohne Berücksichtigung des Donauparks, insgesamt 9.000 Bäume, mehr als 85.000 Sträucher und rund 10.000 Rosen gepflanzt. Dazu kommen die Pflanzungen im Donaupark; dort waren es 27.000 Laubbäume, 30.000 Nadelgehölze, 300.000 Sträucher, 1,2 Millionen Stauden, 200.000 Rosen und 1,2 Millionen Blumenzwiebel.

Die Grünflächenplanung nimmt im Interesse der Volksgesundheit innerhalb der notwendigen Maßnahmen einen hervorragenden Platz ein.

Im Jahre 1963 konnten durch die widmungsmäßige Sicherung einer Reihe von bestehenden Grünflächen wesentliche Beiträge zur Verwirklichung des Städtebaulichen Grundkonzeptes geleistet werden. Zur Vorbereitung der Grünflächenplanung für die dicht verbauten Stadtgebiete wurde eine Übersicht über die Grünflächensituation der Bezirke 2 und 4 bis 9 ausgearbeitet. Dabei wurden unter anderem jene Flächen ermittelt, die für die Schaffung öffentlicher Grünanlagen besonders geeignet sind.

Auf dem rechten Ufer der Donau wurde eine umfangreiche Aufnahme des Flächenbestandes durchgeführt, die als Unterlage für Vorschläge zur städtebaulichen Gestaltung dieses Bereiches im Rahmen der beabsichtigten Hochwasserschutzmaßnahmen dienen wird.

An bedeutenden Arbeiten des vergangenen Jahres darf ich erwähnen: die Fortsetzung der gärtnerischen Ausgestaltung der Donaukanalufer, die Fortsetzung der Umgestaltung des Schweizer Gartens, die Fertigstellung der Gartenanlage Votivpark, die Errichtung der großen Gartenanlage am Laaer Berg, die Errichtung einer Sportanlage am Nothnagelplatz in Favoriten und in der Krottenbachstraße in Döbling, die Erweiterung und Verbesserung des Wasserparks, die Fortsetzung der gärtnerischen Arbeiten an den Ufern der Alten Donau, die Errichtung einer erweiterten Aussichtsterrasse am Kahlenberg und, nicht zuletzt, die gärtnerischen Arbeiten im Donaupark.

Das Jahr 1964 wird das Stadtgartenamt vor ganz besondere Aufgaben stellen. Von einer Gesamtausgabensumme von 156,690.400 Schilling, das sind um 12,6 Millionen Schilling mehr als im Jahr 1963, werden zehn Millionen Schilling für die Erhaltung unserer Gartenanlagen gebraucht werden. Diese Anlagen sollen sich im Jahre der Internationalen Gartenausstellung in einem ganz besonders guten Erhaltungszustand präsentieren, damit die Besucher unserer Stadt und auch die Wiener selbst, vom schönen Donaupark kommend, nicht Grund zur Kritik am Erhaltungszustand aller übrigen Grünanlagen unserer Stadt haben.

Die größten Aufwendungen sind auch im Jahr 1964 mit dem Donaupark verbunden. Ich bin überzeugt, daß wir alle im nächsten Frühjahr auf diese prachtvolle Erholungsfläche mit Recht stolz sein werden.

Auch im kommenden Jahr besteht die Absicht, die gärtnerische Neugestaltung der Donaukanalufer im 1., 2., 3. und 20. Bezirk fort-

zusetzen. Die gärtnerische Ausgestaltung des rechten Donauufers im 2. Bezirk soll in Angriff genommen werden. Die Umgestaltung des Schweizer Gartens wird fortgesetzt, an den Gartenanlagen am Eisenstadtplatz und bei der Planierung in der Laxenburger Straße wird weitergearbeitet. Im 11. Bezirk sollen die Grünanlagen am Kanal gärtnerisch gestaltet werden, in Meidling ist es die Grünberg- und die Altmannsdorfer Straße, die im kommenden Jahr eingegrünt werden sollen. In Hietzing wird am Königberg gearbeitet werden, im 14. Bezirk ist es die Ameisbachzeile, der Reindlpark und eine Grünanlage am Kordon, die in Ordnung gebracht werden sollen. Besonders notwendig ist die Umgestaltung der Parkanlage am Henrietteplatz im 15. Bezirk. Auch die Umgestaltungen im Türkenschanzpark und im Pötzleinsdorfer Schloßpark werden weitergeführt. Die Gartenanlage auf der Hartäcker Höhe in Döbling soll fertiggestellt werden, ebenso die gärtnerische Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Heiligenstadt. Weitere große Gartenbauarbeiten sind im Wasserpark, An der oberen Alten Donau und am Bruckhaufen geplant.

Für die Staubfreimachung von Spielplätzen und Wegen sind 500.000 Schilling im Voranschlag enthalten. Auch die Neuherstellung und Instandsetzung schadhafter Einfriedungen, die Einrichtung von Ballspiel- und Kleinkinderspielplätzen und die Umgestaltung der Grünanlagen am Gürtel sind geplant. Außerdem sollen weitere Gartenbänke und Sitzgarnituren angeschafft werden. Selbstverständlich werden auch die Wienfluß- und Donaukanalbrücken wieder geschmückt und weitere Kinderspielgeräte angeschafft werden. Die Blumenschalen auf verschiedenen Plätzen unserer Stadt sollen vermehrt werden. Für den Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" ist im nächsten Jahr eine Erhöhung der finanziellen Mittel auf 80.000 Schilling vorgesehen.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht wieder erwähnen, daß das Stadtgartenamt auch den amtlichen Pflanzenschutzdienst besorgt, der im Interesse des heimischen Obstbaues mehr als 100.000 Kleingärtner und Siedler und auch Privatgärten betreut. Durch Filmvorführungen, Lehrschauen und Vorträge werden die Siedler und Kleingärtner für die Schädlingsbekämpfung interessiert und erhalten die notwendigen Anleitungen.

Den Siedler- und Kleingartenvereinen werden außerdem für den Ankauf von Schädlingsbekämpfungsgeschützen Zuschüsse gewährt.

Rundfahrten, Ausstellungen

Wir haben auch im Jahre 1963 wieder versucht, die Bevölkerung mit den Problemen der städtischen Bautätigkeit vertraut zu machen. In Rundfahrten wurden Wiener und Ausländer mit den Schöpfungen des "Neuen Wien" bekanntgemacht. Die bereits zu einer ständigen Einrichtung gewordenen Rundfahrten durch das "Neue Wien" wurden im Jahr 1963 erstmals auch in englischer Sprache durchgeführt. Bis November 1963 haben die begeisterten jungen Ingenieure des Wiener Stadtbauamtes für zirka 200 Besucher aus dem Ausland Einzel- und für rund 10.000 Personen insgesamt 315 Gruppenführungen veranstaltet.

Auch mit unseren Ausstellungen haben wir im Ausland für Wien geworben. Die Ausstellung "Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" wurde in den Städten Frankfurt am Main, Ludwigshafen und Hannover gezeigt. In allen drei Städten war die Ausstellung sehr gut besucht. Anlässlich der Österreich-Woche in Belgien konnten wir mehr als 10.000 Besuchern in Brüssel die Ausstellung "Festliches Wien" zeigen und an der Hafenweltausstellung in Genua hat sich die Stadt Wien mit einer Ausstellung "Der Hafen Wien im Aufbau" beteiligt. Die Ausstellungs- und Werbetätigkeit wird im Jahre 1964 fortgesetzt werden.

Am Schluß darf ich erneut versichern, daß wir alle uns auch in kommenden Jahr bemühen werden, für unsere Stadt und für deren Bevölkerung das Beste zu geben. Wir sind glücklich, daß es gelungen ist, das Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1959 zu erfüllen und daß Wien in dieser Funktionsperiode des Gemeinderates auch auf baulichem Gebiete noch schöner und noch lebenswerter geworden ist. Wir sind glücklich, daß wir bei der Erfüllung dieses großen Programmes mitarbeiten durften und wir hoffen, daß uns die Voraussetzungen für dieses gewaltige Aufbauwerk auch in Zukunft erhalten bleiben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Gesperrt bis 17 Uhr:

Die Überreichung der Silbernen Ehrenmedaille
=====

12. Dezember (RK) Bei der heute nachmittag im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses stattgefundenen feierlichen Überreichung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber an Robert Minkowitsch, Ministerialrat i.R. Dr. Josef Polnauer und Professor Max Schönherr ergriff nach der Rede Vizebürgermeister Mandls Bürgermeister Jonas das Wort:

"Wissenschaftler und Künstler vollbringen umso größere Leistungen, je weniger sie ihre schöpferische Tätigkeit als Selbstzweck ausüben und persönlichen Erfolgen nachstreben, und je mehr sie gewillt sind, dazu beizutragen, daß die Menschen besser und schöner leben und daß ihr Traum von einer glücklichen Zukunft in Erfüllung geht. Bei der Verwirklichung dieses hohen Zieles sind sie auf die Mitarbeit und Hilfe vieler Männer und Frauen aus der großen Schar der reproduzierenden Künstler aller Art, der Lehrer und Volksbildner angewiesen. Diesen obliegt es, die von anderen geschaffenen geistigen und ästhetischen Werte möglichst weiten Bevölkerungskreisen zu erschließen.

Drei von ihnen befinden sich heute in unserer Mitte, um für ihren Idealismus und für die Hingabe an ihrer Mittlernaufgabe geehrt zu werden.

Der Wirtschaftstreuhänder Robert Minkowitsch ist ein besonderer Fall. Sein Beruf, der ein Höchstmaß an Genauigkeit und Konzentration erfordert, sichert ihm die materielle Existenz. Er findet aber daneben seit langem noch die Muße und die Kraft zu seiner vorbildlichen Tätigkeit als uneigennütziger Helfer und Berater der Wiener Volksbildung und des Notrings der wissenschaftlichen Verbände Österreichs sowie anderer Organisationen, denen seine ehrenamtliche Mitarbeit von großem Nutzen ist.

Ihm ist es mitzudanken, daß diese Einrichtungen über ein geordnetes Budget verfügen und auf einer gesicherten finanziellen Basis stehen, die sie in die Lage setzt, sich ihren kulturellen Aufgaben erfolgreich zu widmen. Wir würden uns wünschen, daß es mehr solcher geistiger Mäzene gäbe wie Robert Minkowitsch, der als selbständiger Unternehmer seine karge Freizeit und seine Erfahrungen unentgeltlich in den Dienst wissenschaftlicher und volksbildnerischer Institutionen stellt.

./.

Dr. Josef Polnauer, der im Ministerialdienst eine hohe Beamtenstellung erreicht hat, ist uns als Freund und aktiver Förderer der Musik wohlbekannt. Mit jugendlichem Eifer war er stets unter den ersten, wenn es galt, neuen Richtungen einen Weg zu bahnen und für Komponisten einzutreten, die in einer fruchtbaren Entwicklung begriffen waren oder die um die Anerkennung ringen mußten, auf die sie berechtigten Anspruch hatten. Dabei war er nie einseitig orientiert, sondern setzte sich mit nachahmenswertem Eifer für alles ein, was wertvoll ist und verdient, daß es sich durchsetzt. Hierzu bot ihm außerhalb seines hauptberuflichen Wirkungskreises die Volksbildung Gelegenheit, in deren Rahmen er oft das Wort ergriff. Das gleiche Ziel verfolgte er als leitendes Mitglied angesehenen Vereinigungen des Wiener Musiklebens.

Der Name Professor Max Schönherr ist allen Musikfreunden ein Begriff. Man ist heute nur allzu leicht bereit, im Streit über Wert und Unwert der modernen Unterhaltungs- und Nachrichtensmittel wie Radio und Fernsehen, ein negatives Urteil zu fällen. Das Wirken Schönherr's im Rundfunk beweist jedoch das Gegenteil. In wie vielen Menschen ist erst durch ihn die Freude an der Tonkunst erwacht. Auch die so oft als Konservenmusik verschrieene Schallplatte gewann, wenn sie von ihm bespielt wurde, neues Leben und warb in immer breiteren Schichten für deren Bereitschaft, guter Musik das Ohr zu öffnen. Daß es ihm gelungen ist, diese Aufnahmebereitschaft zu erhöhen und ihr Dauer zu verleihen, ist sein besonderes Verdienst, für das wir ihm nicht genug dankbar sein können.

Der Wiener Gemeinderat hat eine gute Wahl getroffen, als er unseren drei Jubilaren die Ehrenmedaille der Stadt Wien verlieh. Als Bürgermeister von Wien übergebe ich Ihnen die für Sie bestimmte Auszeichnung, die Sie daran erinnern soll, daß wir Ihre Leistungen würdigen und daß Ihre Bemühungen nicht vergeblich sind, sondern reiche Früchte tragen."

Unter dem Beifall der Festgäste überreichte sodann Bürgermeister Jonas die hohen Auszeichnungen. Ministerialrat Dr. Polnauer dankte im Namen der Geehrten.

3.000 Säcke Geldmünzen und 600.000 Banknoten
=====Acht Geldautos der Zentralsparkasse unter Polizeibedeckung

12. Dezember (RK) Bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien sind die Spareinlagen im laufenden Geschäftsjahr um insgesamt 642,8 Millionen Schilling seit Jahresbeginn angewachsen und haben Ende Oktober einen Stand von 5.600,3 Millionen Schilling erreicht. Sie sind damit um 859,3 Millionen Schilling höher als Ende November 1962.

Die Zahl der Prämienparkonten ist auf 11.130 angestiegen, auf denen eine Gesamtsumme von rund 55,2 Millionen Schilling angespart wurde.

Der Monat November ist jener Zeitpunkt, in dem die Sparvereine zum überwiegenden Teil ihre Ersparnisse abheben und an ihre Mitglieder auszahlen.

Das Institut betreute im laufenden Geschäftsjahr 1.345 Sparvereine mit rund 130.000 Mitgliedern, die zusammen einen Betrag von fast 110 Millionen Schilling eingezahlt hatten. Für die Auszahlung dieser Gelder waren unter Polizeischutz acht Transportautos unterwegs, um die 50 Zweiganstalten der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien mit den erforderlichen Geldbeträgen auszustatten. Mehr als 3.000 Säcke Münzgeld sowie weit mehr als 600.000 Banknoten mußten gezählt, sortiert und bereitgestellt werden. Dieser Betrag bedeutet gerade in der Vorweihnachtszeit für unsere heimische Wirtschaft einen kräftigen Impuls.

- - -

Antrittsbesuch des deutschen Botschafters
=====

12. Dezember (RK) Der neue Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien Dr. Josef Löns machte heute mittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus seinen Antrittsbesuch.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über das Bauwesen
=====

12. Dezember (RK) Als erster Debattenredner fordert GR. Ing. Lust (ÖVP) einleitend unbedingte Sachlichkeit und völlige Offenheit bei der Erörterung von Planungs- und Bauvorhaben. Auf Parteiinteressen dürfe dabei keine Rücksicht genommen werden.

Die Arbeiten zur Durchführung des Städtebaulichen Grundkonzeptes werden einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen und machen daher einen umfangreichen Planungsapparat erforderlich. Die nach dem Ausscheiden von Professor Rainer durchgeführte Zusammenlegung der Stadtplanung mit der Abteilung für Stadtregulierung (Magistratsabteilung 18) könne zwar gewisse Vorteile für die Detailplanung haben. Deren Zweckmäßigkeit aber könne infolge der Weisungsgebundenheit des Leiters der Magistratsabteilung 18 nicht voll unterschrieben werden. Die Magistratsabteilung 18 sei wohl kaum instande, die Lücke zu schließen, die durch den Mangel an Planern besteht. Zunächst müßten daher entsprechende Budgetmittel angefordert werden, damit die Magistratsabteilung 18 in weit größerem Maß als bisher Aufträge an freischaffende Architekten und Ingenieurkonsulenten vergeben kann. Mit den jetzigen Mitteln ist dies nur in beschränktem Ausmaß möglich. Außerdem ist die Leitung dieser Magistratsabteilung mit starker Verwaltungsarbeit belastet. Es erscheint also unmöglich, daß von dieser Stelle aus eine Generalplanung durchgeführt werden kann, geschweige denn schöpferische Arbeit bei der Durchführung des Städtebaulichen Grundkonzeptes. Der neue Leiter der Stadtplanung kann sich keineswegs damit begnügen, das Grundkonzept durchzuführen, ohne die weitere Entwicklung rechtzeitig vorherzusehen und das Konzept den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Kapazität des gegenwärtigen Planungsapparats reicht dazu keineswegs aus.

GR. Ing. Lust schlägt daher vor, ein Führungsgremium von sechs bis acht Fachleuten (die Hälfte von ihnen nicht beamtet) zu bilden und der Magistratsabteilung 18 zur ständigen Zusammenarbeit und Beratung, zur Ausarbeitung der Generallinie der Planung, zur Koordinierung mit anderen Dienststellen usw.

zur Seite zu stellen. Ein so zusammengesetzter Planungsapparat wäre von politischen Weisungen unabhängig und könnte auf rein fachlicher Grundlage arbeiten.

Ferner müßte die Zusammenarbeit zwischen dem Bund, Niederösterreich und Wien noch stärker intensiviert werden als bisher. Das vorgeschlagene Führungsgremium sollte bevollmächtigt werden, mit ähnlichen Gremien des Bundes und des Landes Niederösterreich Kontakt zu halten. Es wäre zweckmäßig, würde die Stadt Wien für eine Verstärkung dieser Zusammenarbeit eintreten. Daraus würde sich auch eine gerechte Verteilung der Lasten ergeben, wovon Wien sicherlich profitieren könnte.

GR. Ing. Lust fordert sodann, der Stadtplanung mehr Publizität zu sichern. In der Bevölkerung müßte viel mehr als bisher das Interesse für alle Arbeiten der Stadtplanung geweckt werden. Diese verstärkte Publizität müßte auch - entgegen der bisherigen Gepflogenheit - mit einer viel gründlicheren und intensiveren Information arbeiten. Die rechtzeitige Veröffentlichung aller Projekte mit den entsprechenden Unterlagen wäre hier unbedingt notwendig. Die bisherige Methode, nur hinter verschlossenen Türen zu beraten, sei völlig falsch. Zuerst müßten stets Publikation und Diskussion kommen, dann erst nach reiflicher Überlegung die Beschlußfassung.

Das größere Aufgabengebiet der Stadtplanung erfordert schließlich auch eine Ergänzung des Fachpersonals des ehrenamtlichen Fachbeirates. Außerdem müßte das Aufgabengebiet des Fachbeirates in der Bauordnung noch klarer festgelegt werden. Für die Beurteilung von Bauwerken in besonderen Gebieten und bei Bauten größeren Umfanges, die Ausnahmebestimmungen der Bauordnung notwendig machen, soll dem Fachbeirat auch das Recht gegeben werden, ein entsprechendes Modell zu verlangen.

GR. Hausner (KLS): Wien konnte auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus in der Vergangenheit einen guten Ruf erlangen. Heute liegt Österreich aber auf dem Wohnungssektor gegenüber anderen Ländern weit in Hintertreffen. In Schweden werden pro 10.000 Einwohner pro Jahr 9.1 Wohnungen, in Frankreich sieben Wohnungen und in der Sowjetunion 14.4 Wohnungen fertiggestellt. In Österreich dagegen nur 5.7. Die Zahl der heuer fertiggestellten Gemeindewohnungen erreichte nur 3.500 gegenüber 6.000 in früheren Jahren.

Da nun einmal der Wohnungsbau in der Stadtverwaltung Problem Nummer eins sei, müsse auch das Hauptgewicht der kommunalen Arbeiten auf diesen Sektor verlagert werden. In einer Zeit, in der man nicht instande sei, das Wohnbauprogramm auch nur annähernd zu erfüllen, sollte die Gemeinde auf die Errichtung von Hotels, Gaststätten und dergleichen verzichten. Die Kinderkrankheiten beim Montagebauwerk in Neu-Kagran drohen zu einer richtiggehenden "Kinderlähmung" auszuarten, weil die Arbeiten bisher unzureichend organisiert waren. Der Mangel an Arbeitskräften, unter dem das Werk leidet, liegt zum Großteil an dem dort herrschenden schlechten Betriebsklima. Wenn in einem Jahr 1.500 Arbeiter den Betrieb wieder verlassen, zeigt dies, daß irgendetwas nicht stimmt. Die bisher im Fertigteilverfahren in Wien ausgeführten Bauten brauchen keinen Vergleich mit dem Auslande zu scheuen. Gelingt es, die Kinderkrankheiten dieses Werkes endlich zu beheben, könnte das Fertigteilssystem zu einer spürbaren Entlastung der überbeanspruchten Bauwirtschaft beitragen.

Nur mit Genossenschaftsbauten und ohne verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaues lasse sich die Wohnungsnot in Wien nicht meistern. Es werden heute Grundpreise von 2.000 bis 6.000 Schilling pro Quadratmeter gefordert. Die Grundanteilskosten betragen in Floridsdorf bereits durchschnittlich 30.000 Schilling, in Döbling sogar 70.000 Schilling. Dies treibt die Kosten für die Genossenschaftswohnungen so stark hinauf, daß sich die wenigsten jungen Leute solche Wohnungen leisten können. Die Dotierung des sozialen Wohnungsbaues kann - so betrachtet - daher nicht befriedigen.

Der Redner bedauerte, daß es nicht gelang, eine starke Persönlichkeit von Range Professor Roland Rainers als Stadtplaner zu erhalten. Der Stadtplaner müsse ein Vetorecht gegen alle Umgestaltungen des Stadtbildes - sowohl von öffentlicher als auch von privater Seite - zugebilligt werden. Das veraltete Baurecht wird von der Gemeinde häufig dazu ausgenützt, um auch dort, wo eine Auflockerung des Siedlungsraumes am Platz wäre, Baulücken zu verbauen. Es sollte alles unternommen werden, um den Massenverkehr zu beschleunigen. Die in Bau befindliche Schnellverkehrsroute nach Floridsdorf darf nicht allein dem Individualverkehr vorbehalten bleiben. Er habe beobachtet - sagte der Redner -, daß beim Umbau

der Erzherzog Karl-Straße, nachdem der Boden bereits festgewalzt war, neuerlich aufgedigelt worden sei. Dies zeuge davon, daß die Arbeiten schlecht koordiniert werden.

Kritik müßte man auch am Tempo unserer Straßenbauten üben. Wenn zum Beispiel der Ausbau der Erzherzog Karl-Straße in bisherigem Tempo weitergeht, werde man in ungefähr fünf Jahren bis zur Ostbahn kommen. Vor Beginn aller Straßenbauvorhaben müßte jeweils auch die Bodenfrage geklärt werden. Leider macht die Gemeinde nur sehr spärlich vom vorhandenen Enteignungsgesetz Gebrauch. Größeres Augenmerk wäre auch dem Ausbau und der Instandhaltung der Straßen in Siedlungsgebieten zuzuwenden.

Dringend notwendig wäre die Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse in den nördlichen Wiener Bezirken.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß der Bund sich endlich seiner Verpflichtung Wien gegenüber bewußt wurde und Wiener Straßen in die Verwaltung des Bundes übernimmt. Man müßte jedoch darauf achten, daß der Bund dieses Versprechen auch in ausreichendem Maß einhält.

Abschließend stellt GR. Hausner fest, daß er verschiedene Wünsche auf dem Sektor des Gartenbaues um ein Jahr zurückstellen will, da die Gemeindeverwaltung nun mit den Vorbereitungen für die Internationale Gartenschau voll ausgelastet ist. Einen Wunsch könnte er jedoch nicht zurückstellen und das ist die bessere Ausgestaltung der Gärten in den städtischen Wohnhausanlagen. So sind die Kinderspielplätze in den nach der Montagebauweise errichteten Wohnblocks viel zu klein und nicht von den Ruheplätzen für die Erwachsenen getrennt. Es brauchen schließlich aber die Kinder ausreichend Platz zum Spielen und die Erwachsenen ruhige Plätzchen zu ihrer Erholung.

Im übrigen werde, wie GR. Hausner feststellt, die KLS den Ansätzen der Gruppe VI zustimmen.

GR. Dipl.-Ing. Witzmann (SPÖ) verweist darauf, daß die Ansätze der Geschäftsgruppe VI die höchsten innerhalb des Budgets sind, daß sie aber trotzdem in Vergleich zu den Wünschen, Erwartungen und Hoffnungen der Wiener Bevölkerung immer als zu gering erscheinen. Die Menschen, nicht nur die Bevölkerung unserer Stadt, haben in den letzten Jahren ihre Anschauung über verschiedene Probleme grundlegend geändert. Gab es in den ersten

Nachkriegsjahren nur die Sorge einen Staat wieder aufzubauen und ein neues gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Leben zu schaffen, handelt es sich jetzt um andere Begriffe. Waren es damals Wiederaufbauprobleme, so sind es jetzt, wo eine gewisse Besserung in der Lebenshaltung eingetreten ist, Wohlstandsprobleme geworden, die nicht weniger Sorgen bereiten. Das Streben des einzelnen geht heute um den Besitz eines Fernsehapparates, eines Autos, einer schöneren Wohnung und verschiedener anderer Dinge.

In Wien werden pro Jahr zirka 10.000 bis 11.000 Wohnungen gebaut. Das ist wohl eine beachtliche Zahl hinsichtlich Beseitigung der Wohnungsnot; eine kleine Zahl aber, wenn man sie vom Standpunkt der Wohnungsverbesserung aus sieht. So gibt es in Wien derzeit noch rund 31.5 Prozent Kleinwohnungen bis zu 35 Quadratmeter und 40.3 Prozent aller Wohnungen mit 35 bis 60 Quadratmeter. Das heißt also, daß in Wien 71.8 Prozent aller Wohnungen Klein- und Kleinstwohnungen sind. Dabei sind hier die Einraumwohnungen, die nach der Statistik gar nicht als Wohnungen zählen, in diesem Prozentsatz nicht enthalten. Wir werden also Jahrzehnte brauchen, um hier Abhilfe schaffen zu können. Man müßte daher auf den Sektor des Wohnungsbaues immer neue Wege suchen. Man müßte den Sparwillen zur Anschaffung einer Wohnung nicht nur anregen, sondern ihn auch durch verschiedene Maßnahmen, wie Erlassung von Zinsen oder ähnlichem, belohnen. Zur Schaffung von neuem Wohnraum brauchen wir aber auch ausreichende Grundflächen. Wollen wir das gesteckte Ziel, 500 Einwohner pro Hektar, erreichen, müssen wir ungefähr 20 bis 25 Quadratkilometer neu aufschließen. Was nützt aber die schönste Wohnung und eine kürzere Arbeitszeit, wenn die Freizeit dann für den Weg von und zur Arbeitsstätte verwendet werden muß.

Große Probleme verursacht auch die ständig zunehmende Motorisierung. Es ist daher zu begrüßen, daß sich der Bund endlich seiner Verpflichtung gegenüber Wien bewußt wird, und Wiener Straßen in das Bundesstraßennetz einbezieht. Schließlich werden 41 Prozent des Zuschlags zur Mineralölsteuer in Wien aufgebracht - 1962 waren es 800 Millionen Schilling -, aber nur 0.16 Prozent der Bundesstraßen sind in Wien. Für den Straßenverkehr müßte auch immer dort zuerst gesorgt werden, wo er am stärksten auftritt, und das ist, wie der Redner an Hand von Zahlen nachweist, in Wien.

Zur Errichtung von Parkgaragen: Sicherlich ist ihre Errichtung zu begrüßen, doch können sie nicht als Allheilmittel bezeichnet werden. Würde man nur für die heuer in den ersten elf Monaten des Jahres zugelassen 17.000 Autos Garagen errichten wollen, würde man hierzu 850 Millionen Schilling benötigen, mehr also, als dem sozialen Wohnbau pro Jahr zur Verfügung steht. Ganz abgesehen von den Grundflächen, die hierfür notwendig wären.

Was not tut ist eine Verstärkung des Massenverkehrs und die Einschränkung des Individualverkehrs. Alle Großstädte sind zu dieser Erkenntnis gekommen, daß der Massenverkehr in Zukunft die Priorität haben muß, wenn nicht das Wirtschaftsleben zum Ersticken gebracht werden soll oder die Stadt selbst sich auflöst, wie uns das Beispiel amerikanischer Städte bereits zeigt.

Der Redner spricht dann über die Erfahrungen in anderen Großstädten und verweist darauf, daß man über die Frage der zweiten Verkehrsebene keine allgemeingültigen Regeln aufstellen kann. Dies wurde bei einer Tagung in Berlin deutlich.

Wien hat sich für die Unterpflasterstraßenbahn entschieden. Sie hat gegenüber der U-Bahn mehrere Vorteile: Anschluß an ein bestehendes Verkehrsnetz, keine neuen Betriebsmittel, schon kurze Strecken können unter die Erde verlegt werden.

Zu dem Vorwurf, warum man nicht schon früher mit einer U-Bahn begonnen habe, erinnert der Redner daran, daß alle anderen Großstädte um die Jahrhundertwende mit ihren U-Bahnen begonnen haben. Damals war Wien die Reichshaupt- und Residenzstadt, damals waren zuerst die Liberalen und dann die Christlichsozialen am Ruder. Wen kann man also einen Vorwurf machen?

Abschließend verweist der Redner auf einige Leistungen, die die Stadt Wien in den nächsten Jahren vollbringen muß. Allein 1.9 Milliarden werden für Spitalsbauten notwendig sein, 890 Millionen für Kanäle, 1.6 Milliarden für die Wasserversorgung, eine Milliarde für den Naschmarkt, zwei Milliarden für den Hochwasserschutz, 666 Millionen für die Unterpflasterstraßenbahn und 2.5 Milliarden für Brücken- und Wasserbau. Angesichts dieser Zahlen kann man Wien kaum den Vorwurf machen, daß nichts geplant wird. Der Aufbauwille dieser Stadt wird durch die Ansätze dieser Geschäftsgruppe dokumentiert. Daher werde die SPÖ-Fraktion diesen Ansätzen zustimmen.

GR. Ing. Hauschka (ÖVP) spricht über die Baukostenerhöhungen. Der Nutzflächenpreis ist von 1955 bis 1962 von 1.617 Schilling auf

auf 2.599 Schilling, also um 61 Prozent gestiegen. Demgegenüber machen die Preiserhöhungen - Löhne und Material - 87.8 Prozent aus. 1964 wird der Nutzflächenpreis 2.794 Schilling betragen.

Eine Wohnung kostete im Durchschnitt im Jahr 1955 81.967 Schilling und 1962 183.467 Schilling.

Allerdings sind die Wohnungsgrößen gestiegen und die Ausstattung ist besser geworden. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland, 1955 kostete dort eine Wohnung 137.000 Schilling und 1962 231.000 Schilling.

Beim Montagebau wird man bei Preivergleichen berücksichtigen müssen, daß die Montagebauwohnungen nur 2.50 Meter hoch sind, während alle übrigen Bauten der Stadt Wien Wohnungshöhen von 2.60 Meter haben. Das allein bedeutet beim Montagebau eine Einsparung von 70 Schilling pro Quadratmeter.

Als Maßnahmen, um mit gleichem Aufwand größere Leistungen im kommunalen Bauwesen zu erzielen, bezeichnete der Redner: die Verteilung der Arbeiten über das ganze Jahr, die Intensivierung des Winterbauens, die verstärkte Anwendung des Montagebauverfahrens und Rationalisierung in bautechnischer Hinsicht. Obwohl heuer für Wien ein Kontingent von 1.500 Fremdarbeitern für den Bausektor bewilligt war, waren in der Bundeshauptstadt nur 600 ausländische Arbeitskräfte tätig.

GR. Helene Fotetz (SPÖ): Der kommunale Wohnbau war nach 1945 gezwungen, rasch, billig und klein zu bauen. Heute wird zwar komfortabel gebaut, doch geben auch die modernen Gemeindewohnungen vielfach zu Klagen Anlaß: Türen und Kamintüren werden unpraktisch angebracht, es gibt Badezimmer ohne Durchlüftung, in manchen Häusern können die Fenster nur unter Lebensgefahr geputzt werden und die Lüftungsklappen in der Küche nur dann gereinigt werden, wenn man auf den Herd steigt. Die Plastikböden sind oft nicht genügend rutschfest und laden sich elektrisch auf. Auch die Unfallsicherheit von Stiegegeländern und Balkonen läßt zu wünschen übrig. Im Internationalen Studentenheim in Döbling sind die Parkettböden äußerst mangelhaft gelegt. In manchen modernen Gemeindebau eignen sich die Entlüftungsschachte als "Haustelefon" und verraten überdies noch, was in der Nachbarschaft auf dem Speisezettel steht.

Aus einer Publikation des Statistischen Amtes der Stadt Wien über die Krebshäufigkeit geht hervor, daß zwischen der Krebsanfälligkeit der Bevölkerung und den Wohnungsverhältnissen ein deutlicher Zusammenhang besteht. Die meisten Krebstodesfälle treten in Zinshäusern aus der Gründerzeit und hier vor allem in Kleinwohnungen mit ungenügendem Luftraum auf. Auffallend stark krassiert der Krebs in Stadtteilen, wo Wohnhäuser neben Fabriksgebäuden stehen.

In Meidling wird häufig für schädliche Behausungen mehr Zins verlangt, als in modernen Neubauten. Häuser mit einem Klosett und einer Wasserleitung für sämtliche Parteien sind auch heute noch keine Seltenheit. Solange es kein Bodenbeschaffungsgesetz gibt, werden diese Schandflecke nicht beseitigt werden können, obwohl Planungen für geeignete Sanierungsmaßnahmen vorliegen.

GR. Lauscher (KLS) führte Klage darüber, daß die Wiener Bevölkerung über Fragen der Stadtplanung unzureichend informiert sei. Nur wenige Mitglieder des Gemeinderates haben Einblick in Planungsangelegenheiten. Dabei wurde bei der Verabschiedung des Städtebaulichen Grundkonzeptes vor zwei Jahren betont, daß sich die Planungsfragen in Wien nur einer gedeihlichen Lösung zuführen lassen, wenn die Bevölkerung ausreichend über diese Probleme aufgeklärt wird. Die Stadtplanung soll in Wien nicht länger Geheimwissenschaft sein.

Ferner wäre es interessant zu erfahren, wie es mit der geplanten Schaffung der neuen Nebencities steht. Bis zur Verwirklichung der City Nord wird es ja noch etliche Jahre dauern, da mit ihr erst nach Fertigstellung des neuen Allgemeinen Krankenhauses begonnen werden soll. Bei der City Süd aber ergibt sich schon jetzt die Gefahr, daß wichtige Gründe verbaut werden. Bei der City Ost erhebt sich die Frage, welchen Standpunkt die Bundesbahnen einnehmen, da das Nordbahnhofgelände einen großen Teil dieses Gebiets einnimmt. Was wurde von der Gemeinde Wien getan, um hier den guten Gedanken der Stadtplanung zum Durchbruch zu verhelfen?

Abschließend stellt GR. Lauscher die Frage, welche konkreten Schritte unternommen wurden, um eine Auflockerung zu dicht verbauter Gebiete und die Anlage von Grünflächen in solchen Gebieten voranzutreiben. Laut einer statistischen Untersuchung wächst die Krebssterblichkeit in solchen Gebieten bis zu 67 Promille an, während der Durchschnitt in Wien etwa 40 Promille beträgt.

GR. Nesset (FPÖ) stellt anschließend den kommunalen Wohnhausbau in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Früher hieß es sozialer Wohnhausbau, der Name wurde jedoch geändert, da das Wort "sozial" nach Meinung verschiedener Leute in diesem Zusammenhang nicht mehr zutrefte. In Kürze wird der Zeitpunkt da sein, wo wir prüfen müssen, in welcher Form wir den kommunalen Wohnhausbau weiterzuführen gedenken oder durch welche äußere Umstände wir gezwungen werden könnten, ihm eine neue Form zu geben. Was geschieht, wenn ein wirtschaftlicher Rückschlag eintritt? Was geschieht aber auch, wenn zum Beispiel eine Ehefrau nicht mehr mitverdienen kann, weil sie ein Kind bekommt? Dann kann nämlich in vielen Fällen das Familienbudget die hohe Belastung durch den Zins nicht mehr tragen.

Ich habe schon einmal angeregt, so fährt GR. Nesset fort, zu prüfen, ob man nicht auf den sozialen Wohnhausbau, auf den Bau billiger Wohnungen, zurückgreifen könnte. Damals wurde geantwortet, daß die Gemeinde Wien noch mehr als bisher zinsteure Wohnungen bauen wird. Heute aber gibt es eine große Zahl von Stimmen, die gerade davor warnen. Wir können diese Warnungen nur unterstreichen.

Trotz den großen Hoffnungen, die man sich in bezug auf die Fertigteilbauweise machte, können heuer von den geplanten 5.000 Wohnungen nur 3.500 fertiggestellt werden. Das ist natürlich kein Bosheitsakt des Amtsführenden Stadtrates, es ist aber bedenklich, sich dabei allzu sehr auf den vergangenen Winter auszureden. Wir wissen ja nicht, was uns zum Beispiel der heurige Winter bringen wird.

Es ist klar, daß es in der Montagebauweise noch Kinderkrankheiten gibt. Es ist aber eine Tatsache, daß es auf diesem Gebiet noch zu mehr als 90 Prozent an wirklich ausgebildeten Fachkräften fehlt. Das ist auch der Grund dafür, daß da und dort gewisse bauliche Fehler an fertigen Objekten vorkommen. Die Lärmempfindlichkeit der in Montagebauweise errichteten Wohnungen ist zum Beispiel größer als in den normalen Wohnungen. Ferner gibt es in den Montagebauwohnungen übergroße Risse an den einzelnen Nahtstellen der Bauteile, Risse an den Fensterrahmen und Türstöcken usw. Hier wird noch eine gewaltige Arbeit der Techniker notwendig sein, damit wir nicht noch mehr enttäuscht werden.

Im weiteren stellt GR. Nesset fest, daß man auch einen Plan für die Sanierung der Althäuser ausarbeiten sollte.

Daß die Anlage von genügend Grünland im Westen Wiens gesichert ist, sei besonders erfreulich. Darüber hinaus aber müßte man darangehen, auch im Norden, Süden und Osten der Stadt eine sinnvolle Grünflächenplanung zu betreiben.

Bei der Durchführung des gesamten Planungskonzeptes wird man sich niemals stur an dieses Konzept halten dürfen. Die Stadt ist kein totes Ding, und daher wird es immer notwendige und sinnvolle Änderungen im Konzept geben müssen.

Der städtebauliche Teil des Planungskonzeptes findet wohl unser aller Zustimmung. Allerdings muß dazu bemerkt werden, daß die Grünflächenplanung gut, aber etwas illusorisch ist. So ist in den Plänen und Bildern des Planungskonzeptes eine ganze Reihe von Grünflächen eingezeichnet, die man durchaus nicht als richtige Grünflächen bezeichnen kann.

Auf die Verkehrsplanung und die Verkehrsbauten übergehend, betont GR. Nessel die Wichtigkeit des Ausbaues der Wiener Donauhäfen, die ja mit dem Bau des Oder-Donau-Kanals und des Rhein-Main-Donau-Kanals eng verbunden sind. Da die Häfen in Anbetracht der Integration Europas einmal von ungeheurer Bedeutung für uns sein werden, müssen jetzt schon alle Maßnahmen getroffen werden, damit ihr Ausbau auch allen späteren Anforderungen gerecht wird.

Wien besitzt ein weitverzweigtes und günstig gelegenes Eisenbahnnetz. Wenn wir eine Weltstadt werden wollen, nicht nur auf kulturellem, sondern auch auf verkehrstechnischem Gebiet, dann muß dieses Eisenbahnnetz unbedingt in das Wiener Verkehrsnetz einbezogen werden.

Der Redner verweist darauf, daß bei der Gestaltung des Massenverkehrs das Problem nicht in der Schaffung von Radiallinien, sondern von Querverbindungen liegt. Notwendig wäre es auch, die Trassen der Bundesbahnen in ein großes künftiges Schnellbahnnetz einzubeziehen und Querverbindungen durch Autobusse zu schaffen. Auch die Badner Lokalbahn müßte ausgebaut und in das Wiener Schnellbahnnetz einbezogen werden. Man müßte das Verkehrskonzept einer neuerlichen Überprüfung unterziehen und es den derzeitigen Verhältnissen anpassen.

Als erfreulich bezeichnet der Redner den Umbau der Lastenstraße, der in großzügiger Weise erfolgen soll. Alle diese Bauten dienen aber in letzter Konsequenz nicht so sehr dem Massenverkehr als dem Individualverkehr. Wir legen den Massenverkehr unter die

Erde und erreichen dadurch lediglich eine Steigerung der Fahrgeschwindigkeit von zehn Prozent. Es ist zu hoffen, daß wir diese Geschwindigkeitssteigerung überhaupt beibehalten können.

Zur Citybildung: Das Wachsen einer Stadt macht die Schaffung von Nebenzentren unbedingt notwendig. Man soll Cities aber nicht nur so in die Gegend streuen, sondern in jedem einzelnen Fall prüfen, ob die Bevölkerungsstruktur und die Lage des Stadtteiles ein derartiges Nebenzentrum rechtfertigt. Ob sich das Hietzinger Zentrum mit der geplanten Parkgarage bewähren wird, ist fraglich. Es sei problematisch, in einem Stadtteil mit derartiger Bevölkerungsstruktur und einer villenartigen Verbauung, ein solches Einkaufszentrum zu schaffen. Im Gegensatz dazu hat sich das Nahverkehrszentrum Floridsdorf bereits gut bewährt.

Abschließend stellt der Redner fest, daß wir noch vor gewaltigen Aufgaben stehen, wollen wir doch gemeinsam eine Stadt schaffen, in der sich alle Bürger wohlfühlen. Seine Fraktion werde den Ansätzen zustimmen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) verweist darauf, daß er bereits wiederholt auf die Wichtigkeit eines ausreichenden Hochwasserschutzes hingewiesen hat. Nach den ältesten vorhandenen Aufzeichnungen hat es in unserem Stadtbereich bereits im 11. Jahrhundert Hochwässer mit verheerenden Folgen gegeben. Auch in den folgenden Jahrhunderten gab es immer wieder Hochwässer, die unsere Stadt und ihre Bevölkerung bedrohten. Im Jahre 1954 sind wir nur knapp einer Katastrophe entgangen, denn es fehlte nur wenig zur Überflutung der Donauufer. Die meisten Hochwässer bewegten sich in der Größenordnung zwischen 10.000 und 12.000 Kubikmeter pro Sekunde.

Die Donauregulierung ist derzeit nur für 11.000 Kubikmeter pro Sekunde geplant, womit keinesfalls das Auslangen gefunden werden kann. Wir müssen also anders planen, und vor allem müssen wir die Durchflußmenge wesentlich erhöhen. Nach verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen ist sie bereits bei 14.000 Kubikmeter angelangt. Aber auch diese Ergebnisse sind durch verschiedene Veränderungen stromaufwärts bereits überholt. Der Redner zitiert einige Stellen aus der Arbeit des Meteorologen Dr. Cchak. Dieser stellt fest, wenn man mit der Risikowahrscheinlichkeit von fünf Prozent arbeitet und den Hochwasserwert der in den nächsten

Schilling aufgewendet werden mußten. Diese Leistung der Straßenbauer müssen wir anerkennen. Kritisch beschäftigt sich GR. Pfoch mit den alarmierenden Zeitungsmeldungen im Zusammenhang mit dem Umbau der Zweierlinie. Er verurteilt die, wie er sagt, provokante Berichterstattung der Zeitungen. Großzügige Umbaumaßnahmen müssen eben Einschränkungen mit sich bringen.

Der Redner rechnet auch vor, daß bei gleichbleibender Zuwachsrate an Kraftfahrzeugen der gesamte Straßenraum Wiens im Jahr 2000 von parkenden Autos verstellt sein würde.

Ein anderes Beispiel für die Schwierigkeiten beim Straßenbau: Für den Umbau der Adalbert Stifter-Straße mußten 37 Grundfreimachungen vorgenommen werden. 31 Fälle konnten nach Verhandlungen erledigt werden, die Gemeinde zahlte 1,5 Millionen Schilling. Sechs Leute weigern sich jedoch ihr Grundstück freizumachen. Damit sind wir genötigt, langwierige Prozesse zu führen und müssen arge Verzögerungen in Kauf nehmen. Dabei handelt es sich bei diesen Leuten gar nicht um die Grundeigentümer, sondern um Pächter von gemeindeeigenen Grundstücken.

Der Redner wendet sich dann den Fragen des Investitionsvorranges zu. Für die Sozialisten hat eindeutig der Wohnungsbau Vorrang. Die ÖVP sagt das nicht so genau (GR. Mühlhauser, ÖVP: Schauen Sie sich doch meine Rede an!) Es sieht jedoch so aus, als ob die ÖVP den Verkehrsbauten den Vorrang gibt. Wir Sozialisten meinen, daß gut wohnen besser ist als gut fahren. Daher bekommt bei uns der Wohnungsbau das Signal "grün" freie Fahrt! Die Lösung der Verkehrsprobleme hat "gelb" Achtung, und die Demagogie der ÖVP "rot" Halt!

Als nächster Debattenredner kommt GR. Billmaier (SPÖ) zu Wort. Der Redner weist auf Statistiken hin, die anzeigen, daß die Zahl der Bauarbeiter im Abnehmen begriffen ist und stellt die Frage, warum das Baugewerbe auf junge Leute eine so geringe Anziehungskraft ausübe.

GR. Billmaier sieht den Grund dafür, erstens in der Unsicherheit der Beschäftigungslage im Baugewerbe. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die Gemeindeverwaltung dafür Vorsorge getroffen hat, daß die Bautätigkeit auch im Winter weitergehen kann. An Wiener Großbaustellen wird im Winter kein einziger Bauarbeiter entlassen werden müssen. Dagegen gibt das Arbeitsamt Bau-Holz andere Ziffern bekannt: dort sind bereits 1.400 Vormerkungen storniert worden.

Auch in den Bundesländern werden zu wenig Vorkehrungen für Winterarbeiten getroffen, weshalb dort der Abbau von Arbeitern noch zunehmen wird.

Eine weitere Ursache liegt in den mangelhaften sozialen Verhältnissen im Baugewerbe. Selbst in einer Zeit technischer Höchstleistungen sind die Unterkünfte für Bauarbeiter oft menschenunwürdig und stehen im Widerspruch zum Dienstnehmer-Schutzgesetz. Bei geeigneten Maßnahmen kann also den Mangel an Bauarbeitern durchaus abgeholfen werden. So ist für Verzögerungen städtischer Bauvorhaben nicht zuletzt der durch mangelhafte Vorsorge herbeigeführte Bauarbeitermangel verantwortlich zu machen.

Der nächste auf der Rednerliste ist GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP): Demokratie, heißt es, sei Diskussion, Aufeinanderhören und nicht Aneinandervorbeireden. Oft werde der Satz zitiert: Der Mensch sei das Maß aller Dinge. Dies ist richtig, wenn man auch das geistige Maß des Menschen ins Auge fasse. In Amerika seien Fehlplanungen von Städten geschehen, weil nicht auf dieses geistige Maß des Menschen eingegangen wurde.

Das Entscheidende seien vorausschauende Pläne, denn auch der einzelne müsse seine individuellen Planungen mit der Gesamtentwicklung übereinstimmen können. Es käme nicht darauf an, kurzfristige Pläne zu erstellen, die blenden und überrumpeln. Stadtpläne müssen Zeit geben, daß alle sich einordnen können. Auch ist es eine Frage, wie einzelne Projekte vom Publikum "angenommen" werden.

1961 habe die ÖVP einen Antrag zur Stadtplanung eingebracht, der jetzt im Ausschuß besprochen worden sei und im Frühjahr den Inhalt eines Vortrages bilden werde. Der Redner gibt einen Überblick über die voraussichtliche Gliederung dieser Ausführungen und nennt Beispiele aus der Wiener Stadtplanung, die die Wichtigkeit eines logischen Vorranges gewisser Projekte betonen. Auch das Beispiel anderer Städte wird erwähnt, in denen eine logische Reihenfolge städtischer Maßnahmen eingehalten werde. Aus einer solchen Reihenfolge ergibt sich auch eine Negativ-Liste einzelner Vorhaben, die nicht begonnen werden können, bevor andere fertiggestellt sind.

Ein weiteres Problem sei die Kapazitätsfrage, einmal in Bezug auf die Firmkapazität: So könne etwa beim Brückenbau die Leistungs-

fähigkeit aller in Frage kommenden Firmen ziemlich genau vorausberechnet werden. Weiter sei auch die Finanzkapazität entscheidend. Der Redner betonte, daß seine Absichten nicht auf einen genauen Terminplan ausgingen, dessen Erstellung unmöglich sei. Vielmehr sei das Entscheidende die logische Reihenfolge. Das Tempo hänge dann von vielen Faktoren ab. Als Beispiel wird das Mehrjahres-Programm der Stadt Hannover zitiert, das für je drei "Ratsperioden", also für zwölf Jahre, erstellt werde. Für die laufende Legislaturperiode sei es ziemlich genau, für die weiteren schätze es die Entwicklung ab. Auch in Hannover können die notwendigen Mittel nicht mehr allein aus dem Kommunalbudget oder inneren Anleihen aufgebracht werden, weshalb der Bund zu einer Verteilung der Steuermittel aufgerufen wird, die der Stadt einen größeren Anteil eintrage. Man sieht dort also dieselben Probleme wie bei uns.

Eine ähnliche Zusammenstellung auf lange Sicht wäre auch für die Arbeit des Wiener Gemeinderates förderlich.

Der Redner geht auf einen Artikel im "Neuen Österreich", betreffend die Unterstraßenführung der Tramway ein und erinnert an die Beratungen im Gemeinderat und im Ausschuß VI. Dort sei dem Projekt ein Gutachten zugrunde gelegen, das diese Lösung als die bestmögliche bezeichnete. Allerdings habe die Lösung auch Nachteile. Man wisse vor allem nicht sicher, ob dadurch auch wirklich eine Entlastung der Ringstraße eintreten werde. Ähnliche Hoffnungen seien in anderen Fällen nicht in Erfüllung gegangen.

Ein weiteres Problem betreffe den Generalverkehrsplan, den Vorschlag für ein übergeordnetes Netz unter Einbeziehung der Bundesbahn, der zur Zeit noch fehle. Jedoch konnte es die Gemeindeverwaltung in manchen Fällen nicht verantworten, gewisse Vorhaben noch weiter hinauszuschieben, bis ein solcher Generalverkehrsplan vorliege. Man müsse bedenken, daß schon Jahrzehnte vorher Versäumnisse geschehen seien.

Der Redner weist darauf hin, daß in Falle der Unterstraßen-trasse der Zweierlinie jedenfalls soweit vorausgeplant worden sei, daß diese Trasse später einmal auch von einem anderen Verkehrsmittel benützt werden kann.

Auch die Frage der Priorität der Massenverkehrsmittel sei eine Frage der rechtzeitigen Planung. Dadurch könne man sich viel ersparen. Doch über diese Fragen konnte man nach 1945 in diesem Hause lange nicht reden. In diesem Zusammenhang wird auf die zahlreichen Vorarbeiten für die Stadtplanung aus früheren Epochen hingewiesen. Viele dieser Pläne seien heute nicht mehr zeitgemäß, manch anderes dagegen sei verwendbar. Jedenfalls müssen die Unterlagen auf die heutigen Bedürfnisse hin und in einer vorausschauenden, in die Zukunft weisenden Art zusammengefaßt werden. Zu dem von GR. Bock zitierten Investitionsplan der ÖBB bemerkte der Redner, daß dieser im Herbst 1963 veröffentlicht worden sei. (Zwischenruf GR. Bock, SPÖ: Die Beratungen gehen aber schon lange.)

Am Ende seiner Ausführungen verlas der Redner folgenden Beschluß(Resolutions)antrag der Gemeinderäte Dkfm. DDr. Prutscher, Mühlhauser und Schwaiger, betreffend Schaffung von Parkplätzen an geeigneten Stadtbahn- sowie bestehenden und künftigen Schnellbahnstationen: Bei der Flächenwidmung möge Vorsorge getroffen werden, daß an geeigneten Stadtbahn-, bestehenden und künftigen Schnellbahnstationen ausreichende Flächen für Parkplätze freigehalten werden. In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuß VI.

Nach den erklärenden Bemerkungen der Antragssteller bezieht sich dieser Antrag auf das in den USA bewährte Park-and-Ride-System zur Vermehrung von Parkraum.

Im Zusammenhang mit der WIG 64, deren Planung und bisherige Arbeit ausgezeichnet seien, erinnert GR. Dkfm. DDr. Prutscher an einen von seiner Fraktion schon früher gestellten Antrag, bei der Gestaltung der Eintrittspreise auch die Rentner und kinderreichen Familien zu berücksichtigen. Der Eintrittspreis sollte also möglichst tief gehalten werden. Ferner müßte man dazu sehen, daß die WIG ein richtiges lärmfreies Erholungsgebiet wird und, was den Lärm betrifft, dem Wurstelprater keine Konkurrenz macht.

Zur Frage der Durchführung von Enteignungen sagte Prutscher, daß man dabei zwischen zwei Gruppen unterscheiden muß: In jenen Fällen, wo ungerechtfertigte und überhöhte Forderungen an die Gemeinde Wien gestellt werden, ist es klar, daß das Gericht in einem Enteignungsverfahren entscheiden muß.

Anders verhält es sich aber mit jenen Fällen, in denen die Existenz der betroffenen Personen in Frage gestellt ist. Bei der Durchführung der Enteignungen ergeben sich des öfteren Schwierigkeiten, die jedoch zumeist am System liegen, mit dem antsggehandelt und enteignet wird. Hier wäre eine Vorgangsweise vonnöten, die sich nicht nur in Paragraphen und Summen ausdrückt.

Abschließend betont der Gemeinderat, daß das vorliegende Budget eine ganze Reihe von Fortschritten zeigt und die ÖVP-Fraktion daher gerne die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe geben werde.

GR. Planek (SPÖ), der letzte Debattenredner, kommt zunächst auf ein von GR. DDr. Prutscher zitiertes Buch zu sprechen ("Leben und Sterben amerikanischer Städte"), in dem vor Schematismus und voreiliger Planung gewarnt und als Idealbild der Gedanke an den Menschen hingestellt wird. Diese Forderungen, so betont GR. Planek, entsprechen durchaus jenen der SPÖ, deren zentraler Gedanke es sei: "Der Mensch - das Maß aller Dinge".

Jeder Akt der Planung, alles das was realisiert wurde, muß nun in seinen Auswirkungen betrachtet werden. Man kann nicht einfach nach einem Schema die Planung durchführen, nur um diesen Schema zu genügen, sondern man muß sich immer wieder fragen: ist das jetzt menschengerechter, ist das jetzt besser?

Wenn GR. Lust die Meinung vertrete, es sei nicht sehr gut, die Planungsarbeit innerhalb der Verwaltung abzuwickeln, sondern in einem Gremium außerhalb der Verwaltung, dann könne er dieser Meinung nicht beipflichten, stellt GR. Planek fest. Die gegenwärtige Regelung sei viel besser, und in diesem Rahmen werde sich eine Planungsabteilung herausbilden, die ihre Tätigkeit ohne persönliche Auseinandersetzungen durchführen können.

Sodann beschäftigt sich der Debattenredner mit den Ergebnissen einer Fragebogenaktion auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Aus diesen Ergebnissen geht unter anderem hervor, daß 85 Prozent der befragten 1700 Bewohner von Gemeindebauten mit der Größe ihrer Schlafzimmer durchaus zufrieden sind.

Ferner lassen die Ergebnisse erkennen, daß man bei der Grundrißplanung bedenken müsse, daß möglichst alle Räume vom Vorzimmer aus erreichbar sind.

Zu der Forderung, ein Assanierungsgesetz eventuell in der Form eines Landesgesetzes zu schaffen, stellt GR. Plänek die Frage, ob man sich dabei überlegt habe, daß dies rechtlich kaum möglich sei. Laut Gesetz ist die Enteignung zum Zweck der Assanierung Bundessache. Eine Assanierung ohne Enteignung ist jedoch völlig unwirksam, ja unmöglich. Ein Assanierungsgesetz wird daher nur dann wirksam sein, wenn es ein Bundesgesetz ist.

Sodann regt GR. Planek an, Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit der Planung anzustellen. Dieses Problem stellt völliges Neuland dar, eine Untersuchung dieser Frage aber würde uns vor mancher Fehlplanung bewahren.

Abschließend sagt GR. Planek: Kritik hin, Kritik her - eines muß doch offen gesagt werden: Unerhört viel ist in den letzten Jahren geschehen, unerhört viel geschieht jetzt! Und noch nie ist in unserer Stadt so viel investiert worden wie gerade jetzt!

Stadtrat Heller (SPÖ) dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für die objektive Darstellung der Dinge, die teilweise ergänzende Berichterstattung sowie für die positive Kritik, die geübt wurde. Die jüngste Fraktion dieses Hauses bittet er jedoch, sich in Hinkunft mit den Problemen des Städtebaues besser vertraut zu machen. Es wurde nämlich an einigen Bauten Kritik geübt, für die die Stadtverwaltung überhaupt nicht verantwortlich ist. Das gilt unter anderem auch für den Donauturm, für den Hotelbau am Kahlenberg und auch für das Einkaufszentrum Hietzing. Dieses Einkaufszentrum ist ja nicht einmal noch fertig, man kann also jetzt noch gar nicht behaupten, ob es sich bewähren wird. Die EKAZENT, der Bauherr für dieses Einkaufszentrum, hat sich aber vor der Planung über seine Zweckmäßigkeit genau informiert.

Zur Überforderung der Baukapazität: Es wäre sicherlich zweckmäßig und richtig, wenn es endlich zu einer Koordinierung der öffentlichen Bautätigkeit käme. Leider hat das Handelsministerium diesbezügliche Vorschläge als "bolschewistische Dirigierungsmethoden" bezeichnet und abgelehnt.

Der Engpaß in der Planung liegt nicht in zu geringen Geldmitteln, sondern in der zu geringen Zahl freischaffender Fach-

leute. Es ist zu hoffen, daß dieses Manko in den nächsten Jahren ausgeglichen werden kann. Es wird auch nicht möglich sein, mehr Aufträge an Zivilingenieure zu vergeben, da auch diese vollkommen ausgelastet sind. In diesem Jahr wurden von der Stadt Wien 43 Zivilingenieure beschäftigt.

Die Einsetzung eines Planungsdirektoriums erachtet der Referent als unzweckmäßig. Die Generallinie für unsere Planungen gibt in erster Linie der Gemeinderat und die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission. So hat zum Beispiel der bekannte deutsche Städteplaner Professor Umlauf kürzlich festgestellt, daß die städtebauliche Gesamtplanung eine typische Verwaltungsaufgabe und daher weisungsgebunden sei. Die Gestaltung der einzelnen Bauwerke sei dann das Aufgabengebiet der Architekten. Es wäre nicht zweckmäßig, wenn wir die Stadtplanungsabteilung weisungsungebunden machen würden.

Bezüglich des Nordbahnhofgeländes und über die Möglichkeit einer eventuellen Absiedlung wurde ein Gutachten des Institutes für Raumplanung ausgearbeitet. Dieses Gutachten wurde den Bundesbahnen zum Studium übermittelt.

Der Redner erachtet es als bedauerlich, wenn unsere eigene Arbeit oft als unzulänglich bezeichnet und das Ausland als Vorbild herangezogen wird. Er selbst konnte bereits wiederholt feststellen, wie sehr die Leistungen der Stadt Wien im Ausland anerkannt werden. Auch in anderen Ländern und Städten gibt es Schwierigkeiten auf dem Bausektor. Wenn Rußland als Vorbild für die vollständige Erfüllung seines Wohnbauprogrammes hingestellt wurde, kann man dazu nur sagen, daß wir froh sind, daß unsere Bauarbeiter bei besonders extremen Temperaturen nicht auf der Baustelle arbeiten müssen.

Zu den Montagebauwohnungen: Der Referent bezweifelt, daß der Diskussionsredner die Montagebauwohnungen tatsächlich selbst besucht hat. Es konnten in den Wohnungen keinerlei Risse festgestellt werden. Auch die Schalldämmung und der Wärmeschutz sind dort wesentlich besser als bei sämtlichen Wohnungen der traditionellen Bauweise.

Die technische Prüf- und Versuchsanstalt hat sogar festgestellt, daß die Schalldämmung der Montagebauwohnungen zumindest jener für Krankenhäuser verwendeten entspricht. Die Anfangsschwierigkeiten waren bei der Montagebau-Gesellschaft natürlich groß. Die dort eingesetzten Arbeiter konnten sich nur schwer an die Arbeit in der Fabrikshalle gewöhnen, und es haben sich daraus Probleme zwischen der Geschäftsführung und den Arbeitern und Angestellten ergeben. Die Probleme konnten jedoch in einer Aussprache geklärt werden. Jetzt herrscht dort ein gutes Betriebsklima.

Zu den Verkehrsfragen: Der Generalverkehrsplan ist für den Individualverkehr im wesentlichen fertig. Nach einem Beschluß der Gemeinderätlichen Planungskommission soll nun auch die Nord-einfahrt in unsere Stadt autobahnmäßig ausgebaut werden, und zwar bis zum Anschluß Döblinger Gürtel. Über Pläne für den öffentlichen Massenverkehr finden noch immer Gespräche statt. Bei der Lösung dieses Problems handle es sich keineswegs um parteipolitische Dinge. Die Gespräche müssen nur vertraulich geführt werden, weil öffentliche Mitteilungen unliebsame wirtschaftliche Auswirkungen haben könnten. 1964 werden wir uns sicherlich mit dem Generalverkehrsplan für den öffentlichen Massenverkehr beschäftigen können. Alle jene Dinge, die auf diesem Gebiet **jetzt schon geschehen**, werden in diesen Generalverkehrsplan hineinpassen.

Den Antrag der GRe. Dkfm. DDr. Prutscher, Mühlhauser, und Schwaiger, empfiehlt der Referent dem Gemeinderatsausschuß VI zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Mit dem Parkproblem beschäftigen wir uns schon seit vielen Jahren. Wir haben nicht nur wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt, sondern sind zur Tat geschritten. Mit Hilfe der Stadt Wien wurden die Parkgaragen Schottentor, Neuer Markt und Am Hof errichtet.

Heller teilt ferner mit, daß gemeinsam mit Privatinteressenten Pläne für neue Parkgaragen beim Messepalast, unter dem Rudolfsplatz, Georg Coch-Platz und Petersplatz entworfen wurden.

Zu der Kritik an der Koordinierung einiger Straßenbauvorhaben bemerkt der Referent, er habe oft berichtet, wo die Schwierigkeiten bei der Durchführung liegen.

Die Einsparungen durch den Schnellbahnbetrieb bringen nach Auskunft der Verkehrsbetriebe eine 20prozentige Ersparnis an Straßenbahnzügen.

Hochwasserschutz: Er dürfe sagen, daß die Prognosen von Dr. Cehak von den Hydrologen nicht anerkannt werden. Sie lehnen diese Theorie rundweg ab. 14.000 Kubikmeter pro Sekunde wurden als oberste Grenze einwandfrei anerkannt. Die Niederösterreicher und das Bundesstrombauamt rechnen sogar mit nur 12.000 Kubikmeter. Er sei jedenfalls nicht der Meinung, daß wir uns in Wien für eine Sintflut einrichten sollen.

Abschließend erklärt Stadtrat Heller, der Wiener Gemeinderat hat uns wieder vor neue, große, schöne und schwierige Aufgaben gestellt. Wir werden sie nur dann meistern können, wenn wir miteinander und nicht nebeneinander oder gar gegeneinander arbeiten. Daß das nächste Jahr ein Wahljahr ist, soll die sachliche Zusammenarbeit nicht beeinträchtigen. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS).

Einstimmiger Dank für einstimmigen Parlamentsantrag

Stadtrat Heller gibt hierauf noch folgende Erklärung ab:

"In Zusammenhang mit dem gestrigen Beschluß des Parlaments haben mich die Fraktionsführer aller in diesem Haus vertretenen Parteien gebeten, Ihnen einen Antrag folgenden Inhalts vorzulegen:

"Der Nationalrat hat in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1963 einen von Abgeordneten aller im Nationalrat vertretenen Parteien eingebrachten Entschließungsantrag angenommen, demzufolge der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau ersucht wird, bereits jetzt in der Novelle 1963 zum Bundesstraßengesetz die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die durch Wien führenden künftigen Autobahnstraßen festgelegt werden. Außerdem sollen Wiener Landesstraßen, die für den Durchzugsverkehr im Sinne des Bundesstraßengesetzes Bedeutung haben, in die Verwaltung des Bundes übernommen werden.

Mit der Annahme dieses Antrages durch den Nationalrat ist den langjährigen Bestrebungen des Wiener Gemeinderates, aber auch den Bemühungen des Bürgermeisters der Stadt Wien, der immer wieder auf die krasse Benachteiligung der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet hingewiesen hat, ein erster Erfolg zuteil geworden. Der unerträgliche Zustand, daß von den rund 9.300 Kilometer Bundesstraßen in ganz Österreich innerhalb Wiens nur 15 Kilometer vom Bund verwaltet werden, wird damit gemildert werden.

Die unterfertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 36 Abs.3

der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

Beschluß-(Resolutions-)Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien nimmt die vom Nationalrat gefaßte Entschließung über die Festlegung der durch Wien führenden künftigen Autobahnstraen sowie über die Übernahme von Wiener Landesstraßen in die Verwaltung des Bundes mit Genugtuung zur Kenntnis. Der Wiener Gemeinderat erwartet, daß die berechtigten Forderungen in vollen Ausmaß erfüllt werden."

Der Antrag ist unterzeichnet von den Gemeinderäten Dr. Stemmer (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP), Lauscher (KLS) und Dr. Schmidt (FPÖ). - Eine einmalige Demonstration des einheitlichen Willens aller Wiener Gemeinderäte, die Interessen der Bundeshauptstadt vorbehaltlos zu vertreten.

Der gemeinsame Antrag der vier im Gemeinderat vertretenen Parteien wird selbstverständlich einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung über die Gruppe Bauwesen werden die Ansätze des sechsten Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP (Parkplätze) wird einstimmig der geschäftserdnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Dipl.-Ing. Henzl unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Freitag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Lakowitsch (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

Rindernachmarkt vom 12. Dezember
=====

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 2 Ochsen, 2 Stiere, 1 Kuh, Summe 5. Polen: 1 Stier, 10 Kühe, Summe 11. Gesamtauftrieb: 2 Ochsen, 3 Stiere, 11 Kühe, Summe 16. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Die inländischen Rinder notierten zu Hauptmarktpreisen. Polnische Stiere notierten zu 12.50 S, polnische Kühe zu 9.10 S.

- - -

Schweinenachmarkt vom 12. Dezember
=====

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 191 Stück, Polen 98. Gesamtauftrieb: 289 Stück. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig, polnische Schweine notierten zu 14 bis 14.50 S.

- - -

Pferdenachmarkt vom 12. Dezember
=====

12. Dezember (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 46 Stück aus der CSSR, 6 bis 7.20 S.

- - -